



## Wortprotokoll der 118. Sitzung

### **Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

Berlin, den 5. Mai 2021, 11:32 Uhr  
10557 Berlin, Paul-Löbe-Allee 2  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal 4.900

Vorsitz: Klaus Ernst, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### **Einzigiger Tagesordnungspunkt**

**Seite 4**

Antrag der Abgeordneten Reinhard Houben,  
Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, weiterer  
Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Federführend:**  
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

**Zurück zu alter Stärke – Die Zukunft der  
deutschen Exportwirtschaft sichern**

**BT-Drucksache 19/28767**

**Mitglieder des Ausschusses\***

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Bleser, Peter Durz, Hansjörg Grotelüschen, Astrid Hauptmann, Mark Heider, Dr. Matthias Helfrich, Mark Knoerig, Axel Koeppen, Jens Lämmel, Andreas G. Lenz, Dr. Andreas Loos, Bernhard Metzler, Jan Müller (Braunschweig), Carsten Pfeiffer, Dr. Joachim Rouenhoff, Stefan Stein (Rostock), Peter Willsch, Klaus-Peter	Dött, Marie-Luise Grundmann, Oliver Holmeier, Karl Kemmer, Ronja Körber, Carsten Kruse, Rüdiger Linnemann, Dr. Carsten Mattfeldt, Andreas Möring, Karsten Nicolaisen, Petra Pols, Eckhard Ramsauer, Dr. Peter Schweiger, Torsten Steier, Andreas Stetten, Christian Frhr. von Vries, Kees de
SPD	Freese, Ulrich Gremmels, Timon Junge, Frank Katzmarek, Gabriele Mohrs, Falko Poschmann, Sabine Rimkus, Andreas Saathoff, Johann Töns, Markus Westphal, Bernd	Bartol, Sören Jurk, Thomas Kapschack, Ralf Miersch, Dr. Matthias Raabe, Dr. Sascha Scheer, Dr. Nina Schmidt, Uwe Stamm-Fibich, Martina Thews, Michael Weingarten, Dr. Joe
AfD	Chrupalla, Tino Heßenkemper, Dr. Heiko Holm, Leif-Erik Komning, Enrico Kotré, Steffen Müller, Hansjörg	Bernhard, Marc Espendiller, Dr. Michael Hollnagel, Dr. Bruno Kraft, Dr. Rainer Sichert, Martin Spaniel, Dr. Dirk
FDP	Houben, Reinhard Klinge, Dr. Marcel Neumann, Dr. Martin Todtenhausen, Manfred Ullrich, Gerald Weeser, Sandra	Bauer, Nicole Dassler, Britta Katharina Kulitz, Alexander Reinhold, Hagen Solms, Dr. Hermann Otto Theurer, Michael

\*Die unterschriebene Anwesenheitsliste sowie die Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Video-/Telefonkonferenz werden dem Originalprotokoll beigelegt und sind während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Ausschusses für Wirtschaft und Energie und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



DIE LINKE.	Beutin, Lorenz Gösta Ernst, Klaus Lutze, Thomas Meiser, Pascal Ulrich, Alexander	Dağdelen, Sevim De Masi, Fabio Riexinger, Bernd Tatti, Jessica Wagenknecht, Dr. Sahra
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Dröge, Katharina Janecek, Dieter Müller, Claudia Nestle, Dr. Ingrid Verlinden, Dr. Julia	Badum, Lisa Baerbock, Annalena Bayaz, Dr. Danyal Kotting-Uhl, Sylvia Krischer, Oliver

**Sachverständigenliste:**

**Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.**  
Institut für Weltwirtschaft Kiel

**Dr. Volker Treier**  
DIHK, Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.

**Rupert Schlegelmilch**  
Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission

**Florian Moritz**  
Deutscher Gewerkschaftsbund

**Prof. Dr. Max Otte**  
Investor und Philanthrop

**Christoph Bertram**  
Finsbury Glover Hering Europe GmbH

**Prof. Dr. Heiner Flassbeck**  
ehemaliger Chefvolkswirt der UNCTAD

**Prof. Dr. Achim Truger**  
Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Professor für Sozioökonomie, Schwerpunkt Staatstätigkeit und Staatsfinanzen an der Universität Duisburg-Essen

---

\*Die unterschriebene Anwesenheitsliste sowie die Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Video-/Telefonkonferenz werden dem Originalprotokoll beigelegt und sind während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Ausschusses für Wirtschaft und Energie und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



### **Einzigiger Tagesordnungspunkt**

Antrag der Abgeordneten Reinhard Houben, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

### **Zurück zu alter Stärke – Die Zukunft der deutschen Exportwirtschaft sichern**

#### **BT-Drucksache 19/28767**

Der **Vorsitzende**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie recht herzlich hier im Saal und auch an den Bildschirmen zu unserer Webex-Videokonferenz, zu der heutigen öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Zunächst bitte ich alle Teilnehmer, die uns zugeschaltet sind, jetzt die Stummschaltung zu aktivieren, damit wir keine Nebengeräusche haben und die Sitzung ordentlich abhalten können. Die Anhörung befasst sich mit der nachfolgenden Vorlage: Antrag der Fraktion der FDP „Zurück zu alter Stärke - die Zukunft der deutschen Exportwirtschaft sichern“, BT-Drucksache 19/28767. Das gibt uns die Gelegenheit, über Exportindustrie grundsätzlich mit Ihnen zu diskutieren, die ja oft auch im Bundestag eine große Bedeutung hat hinsichtlich der Überschüsse, die erzielt werden, hinsichtlich der Bedeutung derselben, hinsichtlich der Bedeutung der Exporte. Gerade jetzt führt die deutsche Industrie oft zu sehr kontroversen Diskussionen, wie Sie vielleicht wissen. Ich begrüße als erstes unsere Sachverständigen, die gerne einzeln aufrufen würde, um zu sehen, ob sie uns hören oder gegebenenfalls auch sehen können. Als erstes Herrn Professor Gabriel Felbermayr, Herr Felbermayr, sind Sie da?

**SV Prof. Gabriel Felbermayr** (IfW Kiel): Guten Morgen.

Der **Vorsitzende**: Guten Morgen, Herr Felbermayr, wir hören Sie. Dann Dr. Volker Treier vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag. Herr Treier?

**SV Dr. Volker Treier** (DIHK): Grüß Gott, Herr Ernst. Ja, ich kann Sie gut hören.

Der **Vorsitzende**: Guten Tag, wir Sie auch. Dann

haben wir Herrn Rupert Schlegelmilch, Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission. Herr Schlegelmilch, sind Sie auch da? Ich frag nochmal. Bitte?

Der **Vorsitzende**: Er ist noch nicht da. Dann hoffen wir, dass er sich noch zuschaltet. Dann haben wir Herrn Florian Moritz vom DGB. Herr Moritz?

**SV Florian Moritz** (DGB): Hallo, ich bin da. Ich hoffe, man hört mich.

Der **Vorsitzende**: Super, wunderbar. Dann Professor Dr. Max Otte, den habe ich hier schon gesehen. Guten Tag, Herr Otte. Dann Herrn Christoph Bertram, Herr Bertram, Sie sind auch da. Dankeschön. Dann Professor Dr. Heiner Flassbeck. Herr Flassbeck, sind Sie auch anwesend?

**SV Prof. Dr. Heiner Flassbeck** (ehem. Chefvolkswirt der UNCTAD): Hallo. Ich bin auch da, ja.

Der **Vorsitzende**: Habe Sie gehört. Dankeschön. Und Herr Professor Dr. Achim Truger. Herr Truger, können Sie uns auch hören?

**SV Prof. Dr. Achim Truger** (Mitglied des Sachverständigenrates): Guten Morgen, ich bin da.

Der **Vorsitzende**: Wunderbar. Also, die Technik funktioniert, und wir können damit in unsere Anhörung einsteigen. Ich begrüße auch die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für Wirtschaft und Energie, die anwesend sind, aber auch an den entsprechenden technischen Einrichtungen. Ich begrüße für die Bundesregierung die Parlamentarische Staatssekretärin, Frau Winkelmeier-Becker. Guten Tag! Es nehmen weitere Fachbeamte des BMWi teil, die ich allerdings nicht sehe, wahrscheinlich auch an den Bildschirmen. Ich begrüße die Vertreter der Länder, die Vertreter der Medien, natürlich nicht zuletzt die Gäste, die uns über das Parlamentsfernsehen zugeschaltet sind. Zum Ablauf der heutigen Anhörung noch folgende Erläuterungen: Wir führen die Anhörung im Verhältnis der Stärke der einzelnen Fraktionen durch. Wir haben eineinhalb Stunden Zeit und sind darauf angewiesen, dass wir uns möglichst alle kurz fassen, um alle Fraktionen ausreichend zu Wort kommen zu lassen. Wir haben vorgesehen, dass



wir in der ersten Runde, ich weise Sie dann darauf hin, wenn sie vorbei ist, vier Minuten für Frage und Antwort haben. Und ich bitte Sie, die Zeit unbedingt einzuhalten, sonst müsste ich geschäftsführend eingreifen. In der zweiten und dritten Runde werden wir jeweils Frage und Antwort auf drei Minuten kürzen, sonst kriegen wir das bis 13.00 Uhr nicht hin. Da müssen wir fertig sein, da beginnt die Parlamentssitzung. Es gilt also der Grundsatz: Je kürzer die Frage, umso mehr Zeit steht für die Antwort zur Verfügung. Meine Bitte an die fragestellenden Kolleginnen und Kollegen, wie immer: Nennen Sie zu Beginn Ihrer Frage den Namen des Sachverständigen, den Sie befragen wollen. Und vielleicht noch ein Hinweis. Vielleicht können wir uns darauf konzentrieren, jeweils nur einen zu befragen, weil das ist mit Video dann sehr kompliziert, dass der zweite dann noch zu Wort kommt. Also wenn es geht, vielleicht nur eine Person pro Frage befragen. Wir haben keine Eingangsstatements der Sachverständigen vorgesehen. Aber uns liegen ja Ihre schriftlichen Stellungnahmen vor. Es wird ein Wortprotokoll erstellt, und zur Erleichterung derjenigen, die das Wortprotokoll erstellen, werde ich, nachdem Sie jemanden befragen wollen, den Sachverständigen immer noch einmal das Wort erteilen, damit auch der, der das Protokoll führt, weiß, wer spricht. Okay, ich glaube, damit sind alle Unklarheiten beseitigt. Und wir können mit unserer Anhörung beginnen. Die erste Frage in dieser Anhörung stellt der Kollege Lämmel von der CDU/CSU-Fraktion. Herr Lämmel bitte.

Abg. **Andreas G. Lämmel** (CDU/CSU): Ja, Herr Vorsitzender, ich hätte eine Frage an Herrn Professor Felbermayr. Wir haben gerade jetzt im Ausschuss über die Frühjahrsprognose der Bundesregierung diskutiert. Und in der Frühjahrsprognose geht das Wirtschaftsministerium ja von einem Exportzuwachs von 9,2 Prozent im laufenden Jahr aus. Damit ist der Export die Lokomotive der deutschen Wirtschaftsentwicklung. Ich möchte Sie fragen, wie bewerten Sie die deutsche Exportstärke im internationalen Vergleich? Und braucht man denn angesichts dieser Zahlen wirklich noch Maßnahmen, um weiterhin die deutsche Außenwirtschaft zu stärken? Oder meinen Sie, dass das ein Selbstläufer ist?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Professor Felbermayr bitte.

SV **Prof. Gabriel Felbermayr** (IfW Kiel): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Lieber Herr Lämmel, vielen Dank für die Fragen. Wir müssen uns ja vergegenwärtigen, dass das Jahr 2020 für die Exportwirtschaft ein sehr schwieriges Jahr war und dass das Jahr 2021 von Nachholeffekten geprägt ist. Man kann also nicht davon ausgehen, dass es in diesem Tempo weitergeht in dem nächsten Jahr. Vor der Krise haben wir ja ein Phänomen beobachtet, auch in den deutschen Außenhandelsdaten, das der britische „The Economist“ umschrieben hat, als er mit einer Verlangsamung des Exportwachstums, und das ist ein Trend, der seit 2008 ungefähr mit „Slowbalisation“ umschrieben ist und der auch nach der Krise wahrscheinlich weitergeht. Für Deutschland ist jetzt in dieser aktuellen Situation das Exportwachstum sehr wichtig für die Konjunkturentwicklung, das ist ja auch im Gemeinschaftsgutachten der Institute, auch unter Mitwirkung des Instituts für Weltwirtschaft so beschrieben. Und die Bundesregierung hat das ja übernommen. Und ich glaube, da sind wir uns alle einig: Die Tatsache, dass Deutschland eine offene Volkswirtschaft ist und auch profitieren kann, wenn in anderen Ländern die Nachfrage anzieht, ist ein Stabilitätsanker. Das führt dazu, dass wir trotz der eigenen Probleme und der Probleme in der Eurozone mit ein bisschen mehr Tempo aus der Krise kommen, als das sonst der Fall gewesen wäre. In der akuten Phase vor einem Jahr war das Gegenteil zu besichtigen. Da hat sozusagen das Abbrechen von Lieferungen aus China zu Schließungen in der deutschen Industrie geführt und zu Produktionsausfällen. Insgesamt aber ist die Tatsache, dass Deutschland sehr diversifiziert ist, viele Absatzmärkte hat, einen hohen Anteil des Bruttoinlandsproduktes im Ausland erlöst, eine stabilitätsfördernde Eigenschaft, die nicht nur das Pro-Kopf-Einkommen erhöht, sondern eben auch in Phasen wie jetzt den Ausgang aus Krisen beschleunigen kann. Die Frage ist, ob da alles gut ist oder nicht. Ich habe schon auf das „Slowbalisation“-Phänomen verwiesen. Da sind politische Risiken, die deutlich zugenommen haben. Erst gestern haben wir gesehen, dass zwischen China und der Europäischen Union der nächste Schritt in eine Eskalation zu befürchten ist mit Ausset-



zung der Ratifizierung des Investitionsabkommens. Und ich denke, die deutsche Bundesregierung muss sich mit der Frage befassen, wie man vor allem mit politischen Risiken, aber auch mit Risiken, die durch Naturkatastrophen, Klimaerwärmung oder Pandemien einhergehen, wie man damit umgeht. Ich glaube, dass sich der Bundestag sich mit der Frage, welche Versicherungsfunktion es geben kann für die deutsche Exportwirtschaft, welche Kompensationsmodelle man braucht, wenn Handelskonflikte eskalieren und Kollateralschäden entstehen. Also es gibt viele offene Fragen. Und ich bin froh, dass der Bundestag sich damit befasst. Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Die nächste Frage stellt der Kollege Westphal von der SPD bitte.

**Abg. Bernd Westphal (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, meine Herren Sachverständigen, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Ich habe eine Frage an Professor Dr. Achim Truger. Wir haben natürlich alle erkannt, welche Bedeutung und Relevanz unsere Industrie hat, wie exportorientiert unsere Industrie ist. Und deshalb hat ja diese Anhörung heute die Aufgabe zu schauen, wie das eigentlich nach vorne gerichtet ist. Und das, was wir sehen, ist im internationalen Vergleich schon eine Innovationskraft. Aber was bedeutet das für zukünftige Märkte? Haben wir, was Liefer- und Wertschöpfungsketten angeht, was Wettbewerbsfähigkeit angeht, Herausforderungen? Und wie muss man denen begegnen? Also die Frage, welche zentralen Faktoren sehen Sie in Ihrer Bewertung, was die Absicherung der deutschen Exportstärke betrifft?

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Professor Truger bitte.

**SV Prof. Dr. Achim Truger (Mitglied des Sachverständigenrates):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank, Herr Westphal, für die Frage. Ich würde vielleicht zunächst erst nochmal sagen, dass man sich natürlich über Exporte Sorgen machen kann. Und viele der hier angesprochenen Punkte sind sicher richtig. Im Moment ist es ja tatsächlich so, dass wir insbesondere in der Binnenwirtschaft das Problem haben, weil durch die Pan-

demie und die notwendigen Maßnahmen die Aktivitäten stark eingeschränkt sind im Dienstleistungsbereich. Und meine Priorität läge eigentlich erstmal da, zu schauen, dass das alles wieder auf die Beine kommt. Und das würde bedeuten, dass wir insbesondere bei Schutzmaßnahmen nicht zu früh zurückfahren. Und dass wir dann eine langfristige Strategie haben, die verhindert, dass es jetzt zu massiven Steuererhöhungen kommen muss wegen der Schuldenbremse, dass es zu Ausgabenkürzungen kommt. Das sind hier alles noch Herausforderungen. Und was die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstumspotential angeht, wird es natürlich darauf ankommen, hier sozialökologische Transformationen so mit Investitionen zu begleiten und Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Wirtschaft gut aufgestellt ist. Wir haben tatsächlich im Sachverständigenrat im letzten Jahresgutachten ein Kapitel zur Klimapolitik. Und wir haben das überschrieben mit „Klimapolitik als industriepolitische Chance“. Das ist jetzt natürlich keine ausgefeilte Bewertung im Hinblick auf Exportstärke. Vielleicht muss man das auch nicht jedes Mal machen, aber was da schon natürlich rauskommt, ist, dass die neuen Technologien, die für den Klimawandel beziehungsweise die Verhinderung des Klimawandels notwendig sind, dass die gleichzeitig natürlich für Produktivitätswachstum und auch für das Wachstumsmodell Deutschlands wichtig sind. Insofern glaube ich, dass das die wesentlichen Prioritäten sind. Abgesehen davon, dass natürlich die Corona-Krise noch eine Menge anderer Narben hinterlässt: Im Bildungssystem, im Gesundheitswesen. Das wären aus meiner Sicht wichtige Prioritäten, um Wirtschaft und Gesellschaft gut aufzustellen. Über Einzelheiten der Maßnahmen im Antrag kann man sicherlich sprechen. Was mich wundert, ist die Konzentration auf Steuersenkungen, die natürlich dem ganzen Finanzierungsbedarf, den es gibt, ziemlich im Wege stehen, wo ich nicht das Gefühl habe, dass das eine konsistente Strategie ist, so wie sie im Antrag vertreten wird. Ja, damit bin ich vor der Zeit. Aber es ist ja ganz gut, wenn wir ein bisschen Zeit sparen. Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Danke. Die nächste Frage stellt die AfD, Herr Müller bitte.

**Abg. Hansjörg Müller (AfD):** Ja, danke, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an Herrn Professor



Otte. Und zwar in Ihrem Papier, das finde ich sehr interessant, wenn Sie die starke Exportorientierung, die ja als Dogma, als quasi religiöses Dogma in Deutschland immer erklärt wird, kritisch hinterfragen. Und ich möchte jetzt eben nochmal genau wissen, warum Sie das tun und wie eine Außenwirtschaftsförderung am besten aussieht? Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr Professor Otte bitte.

SV **Prof. Dr. Max Otte** (Investor und Philanthrop): Vielen Dank, Herr Müller. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Ich freue mich. Zwei persönliche Bemerkungen: 1986 war ich im Institut für International Economics, sechs Monate, habe dort strategische Außenwirtschaftspolitik studieren können, war ein Jahr Projektleiter im Bundeswirtschaftsministerium für eine externe Beratungsgesellschaft zur Reorganisation. Im Jahre 1997 konnte ich dabei auch die Abteilung 5 sehr eng unter die Lupe nehmen, das macht man als Volkswirt gerne. Und ein Hinweis an die Abgeordneten meiner Partei, der CDU: Sie dürfen mich natürlich auch gerne fragen. Zur Exportorientierung: Die ist natürlich wichtig. Ich habe einige der Gutachten lesen können und bin in dem Fall sehr erfreut über das Gutachten des Kollegen Felbermayr, weil sich, ohne dass wir uns abgesprochen hätten, es so aussieht, als ob wir uns in diesem Teil abgestimmt hätten. Das ist nicht der Fall gewesen, aber da sind sehr viele ähnliche Gedanken drin. Aber die Exportorientierung, Herr Müller, ist nicht das Einzige. Wir haben durch diese Exportorientierung strukturelle Außenhandelsbilanzüberschüsse und damit auch Finanzüberschüsse. Und diese legen wir sehr schlecht an. In Targetsalden oder in Geldforderung ans Ausland, das reicht nicht. Das heißt, wir müssen im Prinzip, wie China schon vor einigen Jahren, schauen, wie wir auch die Binnenwirtschaft ankurbeln, dort strategische Projekte fördern, Infrastruktur fördern. Exportförderung ist nicht das Einzige, sondern Deutschland muss auch sehen, dass wir strategische Zukunftsbranchen aufbauen, denn da ist nicht mehr viel. Unsere größten Warengruppen im Export sind diejenigen, die schon vor 150 Jahren für den Aufschwung der deutschen Wirtschaft gesorgt haben. Und bei Zukunftsindustrien ist das relativ wenig. Also wenn wir die Binnenwirtschaft fördern, gute

Projekte, dann ist da auch viel Gutes getan. „Strategische Großprojekte“, der Begriff kommt vom Kollegen Felbermayr, Und es ist ganz wichtig, dass wir eine strategische Außenwirtschaftspolitik betreiben. Das Weltsystem hat sich geändert, darüber habe ich mehrfach geschrieben. Ich zitiere den Kollegen Felbermayr, das nationale Interesse muss definiert und in den Vordergrund gestellt werden, ergänzt durch das europäische Interesse. Das wäre auch meine Empfehlung.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. Die nächste Frage stellt der Kollege Loos von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Bernhard Loos** (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich hätte eine Frage an den Herrn Treier. Und zwar: Haben die Verschärfungen des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung aus Ihrer Sicht Auswirkungen auf den deutschen Export gehabt? Und wenn ja, in welchem Umfang? Und dazu: Mit der 17. Außenwirtschaftsverordnung wird die EU-Screening-Verordnung in nationales Recht umgesetzt. Sehen Sie die klaren deutschen Definitionen der Fallgruppen statt der EU-Schlagworte eher als hinderlich einschränkend oder förderlich, da rechtssicher?

Der **Vorsitzende**: Herr Treier bitte.

SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Dankeschön für die Frage. Wir leben nicht nur als Exportnation, dass wir hier im Inland Produkte herstellen und sozusagen unabhängig sind vom Ausland, sondern wir sind ja, früher waren wir mal Exportweltmeister, jetzt sind wir auf Platz 3. Wir sind auch bei den Direktinvestitionen sehr stark vertreten im Ausland. Und diese Direktinvestitionen sind vielfach der Zugang zu den Märkten, wie uns die Unternehmen schildern, wenn wir sie nach ihren Auslandsinvestitionsplänen fragen. Und sie sagen, das ist zur Markterschließung. Das heißt, die Auslandsinvestitionen unsererseits beruhen auch, sind Mutter oder Vater auch des Erfolgs, des Exporterfolgs auf den Märkten. Und umgekehrt ist es die Offenheit der Länder, dass sie diese Form der Investition zulassen. Umgekehrt müssen wir dann auch eine Reziprozität walten lassen, selbst als offenes Land zu gelten. Das betrifft Europa und Deutschland im Speziellen. Und die Verschärfung



der Außenwirtschaftsverordnung, die verschiedenenfache, stellt von daher auch eine Gefahr einer Reziprozität dar. Auch klar ist, wir sind offener als viele andere Märkte, aber die Entwicklung ist erstmal eine Verschärfung der Außenwirtschaftsverordnung. Dementsprechend haben wir sie von der wirtschaftlichen Betroffenheit erstmal negativ bewertet. Eine andere Frage ist natürlich der Sicherheitsaspekt, der mit den Verschärfungen begründet wurde. Und das müssen andere bewerten, wie gewichtig dieser Aspekt ist, dass die Verschärfungen eingetreten sind. Jetzt haben wir verschiedene Stufen. Die aktuelle veränderte Außenwirtschaftsverordnung sieht jetzt die Fallstufen vor oder die neuen Fallgruppen und unterschiedliche Schwellenwerte, ab denen geprüft werden muss. Insgesamt ist das gegenüber der alten Verordnung, oder gegenüber dem, was vorgelegt war, eine Verbesserung. Wir haben die Fallgruppen jetzt näher definiert, sodass neben den kritischen Infrastrukturen, die ab 10 Prozent geprüft werden, wo wir von 25 auf 10 Prozent runter sind, jetzt auch 20 Prozent. Die Fallgruppen sind näher definiert, das ist eine gute Sache. Wir haben aber jetzt drei verschiedene Prüfschwellenwerte. 10, 20 und 25 Prozent. Das ist für sich gesehen also keine besonders übersichtliche Situation, aber es ist eine Situation, mit der die Unternehmen, so liegen uns die Befragungsergebnisse vor, klarkommen. Ein Problem, das bleibt, letztes Wort, ist die Dauer der Verfahren. Und hier sind die avisierten zwei Monate schon sehr lang.

**Der Vorsitzende:** Danke. Für die FDP stellt die nächste Frage Herr Houben bitte.

**Abg. Reinhard Houben (FDP):** Herr Vorsitzender, Herr Bertram, danke, dass Sie zur Verfügung stehen wie alle anderen Experten auch. Ich möchte auch erst einmal auf die Außenwirtschaftsverordnung eingehen. Die Novelle, die Sektoren sind, es ist angesprochen worden, von 11 auf 27 erweitert worden. Und in dem Zusammenhang die Frage: Wie ist es mit der Zukunftsaussicht, wieviel Prüfverfahren werden letztendlich in Zukunft durchgeführt werden? Werden Sonderprüfungen noch länger dauern als heute? Und wie gehen Sie davon aus in Zukunft, wie lange Bewilligungen insgesamt dauern werden?

**Der Vorsitzende:** Herr Bertram bitte.

**SV Christoph Bertram (fgh):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, Herr Abgeordneter Houben. Meine Damen und Herren, ich will jetzt nicht wiederholen, was Herr Treier eben schon mehrfach gesagt hat. Die Ausweitung ist natürlich erst einmal legitim, aber wozu sie in der Praxis führt, ist, dass ein sogenannter Korridor der Unsicherheit für alle Erwerber aus dem Ausland besteht. Man versucht, sich eine Unbedenklichkeitsbescheinigung in jedem Fall zu besorgen. Und man sieht das in der Entwicklung der Fallzahlen über die letzten Jahre ja schon, letztes Jahr waren es 159, es wird zu einer weiteren Ausweitung kommen. Da ich mittlerweile als Erwerber angesichts der Rückabwicklungsfristen und anderer eigentlich nicht mehr umhin komme, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung einzuholen. Verbunden mit der Ausweitung der Sektoren und immer noch dem Vorhandensein von vielen unbestimmten Rechtsbegriffen, als Beispiel „voraussichtliche Beeinträchtigungen“, führt das dazu, nochmal gekoppelt mit den immer noch sehr geringen Ressourcen, die für die Prüfung bereitgestellt werden, dass die Verfahren schwieriger, weniger evidenzbasiert und in der Tendenz auch noch länger dauern werden. Ein Beispiel, was mich immer umtreibt, jetzt ist es ausgeweitet worden auf den medizinischen Bereich, aber hätten wir vor vier Jahren hier zusammengesessen als Prüfer und einen CureVac-Erwerb geprüft, dann hätten wir alle gesagt, mRNA, das ist keine Technologie, die irgendwie bedeutend ist, weil man in diesem Sinne nicht voraussagen kann, wie sich die Welt entwickeln wird. Im Moment ist es aber tatsächlich so, dass sich diese Erwerber diesem Prozess unterwerfen müssen, indem höchst qualifizierte und sehr, sehr professionelle Menschen versuchen, etwas zu prüfen, was sie kaum prüfen können. Und wie ich schon eben sagte, insgesamt führt es dazu, dass eine Transaktionsunsicherheit stattfindet; die Transaktionsunsicherheit steigt immens. Und das ist etwas, und Kollege Treier hat es eben schon gesagt, mit der Reziprozität, aber es führt auch dazu, und das werden wir uns angucken, weil es einen internationalen Wettbewerb gibt, dass ich erstmal eine Investition in Deutschland schlechter bewerte als einen in anderen Ländern, weil es diese Unsicherheit gibt und diese lange Verfahrensdauer und die Rückabwicklung dazu führt, dass ich mir nicht sicher sein kann, was da passieren sollte. Und, und das haben Herr Professor Otte





und Professor Felbermayr auch schon erwähnt: Gerade in den Zeiten von schnellem technologischen Wandel, den wir jetzt gerade erleben und auch dem geringen Vorhandensein von Investitionskapital gerade in Deutschland, da ist es so, dass wir auf diese Investitionen häufig angewiesen sind. Ich habe in den letzten 11 Jahren mit knapp 40 Nicht-EU-Erwerbern gearbeitet. Ich habe noch niemanden gesehen, der schlechte Intentionen hatte. Wenn Sie durchs Land fahren, werden Sie überall Cluster sehen, werden Sie Fabriken sehen, die durch ausländische Direktinvestitionen entstanden sind. Und das ist etwas, was ein hohes Gut ist und was im Rahmen des Möglichen weiterhin geschützt werden soll.

**Der Vorsitzende:** Danke. Die nächste Frage geht an die Fraktion DIE LINKE., den Kollegen Ulrich bitte.

Abg. **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.): Ja, vielen Dank. Anlass der Anhörung ist ja der FDP-Antrag. Und wir teilen ausdrücklich die Überschrift der Stellungnahme von Herrn Dr. Truger. Meine Frage geht an Professor Flassbeck. Herr Flassbeck, Sie haben ja schon sehr oft auf die Probleme unserer Außenhandelsüberschüsse hingewiesen. Gleichzeitig sind auch die Unternehmen Nettosparer, es wird zu wenig investiert. Die Streitigkeiten mit den USA, der Brexit und auch mit China zeigen zugleich, dass die globalen Handelskonflikte zunehmen. Wie werden Ihrer Ansicht nach andere Volkswirtschaften und vor allem die neue US-Regierung auf die deutschen Exportüberschüsse reagieren? Und welche Rolle hat die EU? Und wie sollte sie sich ausrichten, um diese Konflikte abzumildern? Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Professor Flassbeck bitte.

SV **Prof. Dr. Heiner Flassbeck** (ehem. Chefvolkswirt der UNCTAD): Ja, vielen Dank. Ich will mich in der Tat auf diese allgemeinen Leistungsbilanzüberschüsse beziehen, die von meinen Kollegen ja bisher fast nicht erwähnt wurden. Diesen Überschüssen, wir müssen das immer bedenken, stehen Defizite gegenüber in anderen Ländern, und insbesondere in den USA stehen den deutschen Überschüssen seit vielen, vielen Jahren, Jahrzeh-

ten Defizite gegenüber. Und man sollte sich erinnern, dass nicht traditionell in den USA die Republikaner diejenigen sind, die die Defizite abbauen wollen, sondern die Demokraten. Und die sind jetzt an der Macht. Und es wird mit Sicherheit dazu kommen, dass die USA ihren Druck auf die deutschen Überschüsse, zur Verringerung der deutschen Überschüsse massiv erhöhen werden. Und das ist vollkommen berechtigt. Es gibt, auch das haben meine Kollegen leider nicht gesagt, es gibt immer noch keine Freihandelstheorie, die Überschüsse rechtfertigt. Es gibt kein Recht auf dauernde Überschüsse. Und es gibt auch in Europa keinerlei Rechtfertigung für dauernde Überschüsse eines Landes und insbesondere des größten Landes. Kleinere Länder wie die Niederlande oder Irland konnten das tun. Aber seit Deutschland Überschüsse hat, ist es eine massive Belastung für Frankreich, Italien, Spanien, für alle anderen Länder. Und ich verstehe nicht, wie man in Deutschland über eine weitere Stärkung der Überschüsse der deutschen Exportwirtschaft zurück zu alter Stärke reden kann, wo Deutschland mit seiner Exportstärke, mit diesen Überschüssen, eine massive Belastung für die anderen Länder schafft. Nämlich dadurch, dass die anderen Länder eben nicht wie Deutschland sich über die Überschüsse aus ihrer Lage befreien können. Herr Felbermayr hatte angedeutet, das sei ein wunderbarer Weg, dass man sich über höhere Überschüsse, nochmal höhere Überschüsse aus der Corona-Rezession befreit. Das würde ja bedeuten, dass andere noch tiefer in Defizite gehen. Das ist nun mal ein Nullsummenspiel. Überschüsse und Defizite, man mag es begreifen oder nicht, das ist nun mal ein Nullsummenspiel. Und man kann die anderen Länder nicht in dieser Lage lassen. Wir haben nämlich einen engen Zusammenhang, das ist auch schon erwähnt worden, ganz kurz, zwischen dem Sparen insgesamt und den Schulden insgesamt. Und wenn Deutschland dauernd seine Schulden ins Ausland verlagert, dann bedeutet das, dass die anderen Länder, Italien, Spanien vor allem, und Frankreich nicht in der Lage sind, über diesen Weg ihre Probleme zu lösen. Dieser Weg ist für sie blockiert. Und dann bleibt bei sparenden Unternehmen auf dieser Welt logischerweise, das ist absolut zwingende Logik, bei sparenden Unternehmen und sparenden privaten Haushalten, da bleibt nur der Weg über steigende Staatsdefizite, um die eigene Konjunktur anzuregen. Und genau



diesen Weg haben wir in Europa verboten. Und wir werden jetzt diskutieren, dass dieser Weg nochmal verschärft wird, weil man von diesen Ländern erwarten wird, dass sie ihre Schulden reduzieren. Und dann gibt es eine absolute Katastrophe in Europa, weil die anderen Länder keine Chance haben, sich wirklich aus eigener Kraft zu bewegen, denn die Bewegung hat Deutschland verhindert.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Die nächste Frage geht an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Dröge bitte.

**Abge. Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Professor Truger. Ich würde gar nicht so sehr auf den Antrag der FDP eingehen, weil der aus meiner Sicht nicht so richtig geeignet ist zu beschreiben, was gut ist, um die deutsche und europäische Wirtschaft richtig aufzustellen, sondern eher die grundsätzliche Frage nochmal an Dich stellen. Du hattest auf den Kollegen Westphal ja auch schon ein Stück weit geantwortet. Was sind aus Deiner Sicht kurzfristige und längerfristige Maßnahmen, die in Deutschland notwendig sind, aber die auch europäisch notwendig sind, um einen Zukunftspfad zu beschreiben?

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Professor Truger bitte.

**SV Prof. Dr. Achim Truger (Mitglied des Sachverständigenrates):** Ja, vielen Dank. Ja, ich habe einige Sachen eben ja schon kurz angedeutet. Und ich glaube tatsächlich, vielleicht auch in Anknüpfung an das, was Heiner Flassbeck eben gesagt hat: Diese Fixierung auf die Exporte ist sicherlich einseitig. Man muss vielleicht aber auch sagen, wenn wir uns über die Leistungsbilanzungleichgewichte zu Recht Sorgen machen, dann heißt das aber ja natürlich nicht, dass wir uns jetzt eine export-schwächere wünschen müssen, sondern eher eine größere Importstärke. Und das ist ja genau der Punkt, wo es auch makroökonomisch dann wieder aufgeht, wenn es nämlich gelingt, die Binnenwirtschaft zu stärken, die ja im Moment, wie gesagt, aufgrund der Krise noch vergleichsweise am Boden liegt. Wenn wirklich die richtigen Rahmenbe-

dingungen geschaffen werden für die sozialökologische Transformation, für die Investitionen in die entsprechenden Technologien, wenn auch die öffentlichen Investitionen massiv hochgefahren werden. Dann ist es erstens gut für die technologische Entwicklung und löst viele der gesellschaftlichen Probleme inklusive Veränderungen des Klimawandels und trägt gleichzeitig dazu bei, dass die Leistungsbilanzungleichgewichte über verstärkte Importe reduziert werden. Also insofern wäre das hier eine Win-Win-Strategie, auch makroökonomisch. Was mir tatsächlich Sorge bereitet bei dem Ganzen ist, dass wir ja eigentlich einen expansiven Pfad brauchen, sowohl in Deutschland als auch in Europa, der sehr stark auf öffentliche Investitionen setzt und die man natürlich verstetigen muss. Also auf ein höheres Niveau bringen und verstetigen muss. Und Sorge bereitet mir, dass wir auf der einen Seite durch die Schuldenbremse in Deutschland, auf der anderen Seite durch die europäischen Fiskalregeln sehr stark beschränkt werden und dass es da im Zusammenwirken wirklich sehr gut sein kann, dass wir die notwendigen Investitionen nicht tätigen können oder aber eben an sonstigen, an anderen Stellen in starke Kürzungsprogramme oder massive Steuer- und Abgabenerhöhungen getrieben werden. Das wäre natürlich kontraproduktiv. Und vor dem Hintergrund glaube ich, dass wir auch nochmal über das fiskalische Rahmenwerk, die Schuldenbremse und die EU-Fiskalregeln sprechen müssen. Das bedeutet vor allen Dingen, dass die aus meiner Sicht investitionsorientierter werden müssen. Das heißt, dass wir entsprechende Investitionen privilegieren sollten, so dass diese getätigt werden können. Ganz kurz noch zu Europa: Ich halte diesen Wiederaufbaufonds und das, was jetzt auf europäischer Ebene passiert ist, erstmal für einen riesigen Fortschritt. Es ist nämlich anders als in der Eurokrise gelungen, nicht wieder eine Eurokrise auszulösen und durch katastrophale Austerität viele Länder zu treiben. Sondern da ist wirklich ein Signal der Gemeinsamkeit gesetzt worden, und die Mittel aus dem Fonds können wirklich jetzt auch für Zukunftsinvestitionen genutzt werden. Das ist eine Chance für die Zukunft, an der man aber noch anknüpfen muss und wo dann auch noch auf europäischer Ebene am Regelwerk einiges sich ändern muss. Vielen Dank.



Der **Vorsitzende**: Ich bedanke mich auch. Wir sind damit am Ende der ersten Runde. Jetzt müsste ich die Zeit auf drei Minuten für Frage und Antwort verkürzen, damit Sie das alle im Hinterkopf behalten. Die nächste Frage geht an die SPD, Herr Kollege Töns bitte.

Abg. **Markus Töns** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Florian Moritz vom DGB: Ich würde fragen, vor welchen Herausforderungen steht die EU zurzeit in der Handelspolitik? Woran fehlt es in der Handelspolitik Ihrer Meinung nach zurzeit? Wir wissen ja, dass die Verhandlungen der EU mit Mercosur und China, die muss man sicherlich unterschiedlich beurteilen, abgeschlossen sind. Aber es gibt da erhebliche Zweifel, gerade in der Öffentlichkeit, an den Zielen der Nachhaltigkeit, der Menschenrechte etc. Sind diese Politikziele in Handelsabkommen der EU überhaupt zu verwirklichen? Und wenn ja, welche Voraussetzungen würden Sie dort dafür formulieren?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Moritz bitte.

SV **Florian Moritz** (DGB): Ja, vielen Dank für die Frage. Vielleicht ganz kurz vorab allgemein zu dem Antrag der FDP. Ich glaube, es ist schade, dass da die falschen Fragen gestellt werden, die falschen Themen, weil aus meiner Sicht müssten genau die Fragen gestellt werden, die beispielsweise Herr Professor Truger aufgeworfen hat: Wie wir denn die Industrie, um die es hier im Wesentlichen geht, wie wir die zukunftsfähig halten. Und das wären Investitionen, auch öffentliche Investitionen und eine vernünftige Industriepolitik. Die andere Frage, die in dem Kontext zu stellen wäre, wäre die Frage nach einer fairen Globalisierung. Wie verändern wir denn die Globalisierung, dass sie mehr Akzeptanz findet und sozusagen die Vorteile, die sie bringen könnte, gerecht verteilt und auch in der Bevölkerung gesehen werden. Ich glaube, das sind die Sachen, auf die es ankommt. Und da kann eben auch die Handelspolitik eine große Rolle spielen. Da komme ich auf Ihre Frage zurück. Dann muss die Handelspolitik aber anders ausgerichtet sein. Wir hatten ein paar Diskussionen, die in die richtige Richtung gehen in der europäischen Handelspolitik in den letzten Jahren. Aber die haben noch nicht zu konsequent

richtigen Ergebnissen geführt. Das heißt, aus unserer Sicht muss es vor allen Dingen darum gehen, dass in Handelsabkommen beispielsweise durchsetzbare, verbindliche und auch sanktionsbewährte Standards festgeschrieben werden, die für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen überall sorgen, damit wir dann ein Level-Playing-Field im internationalen Wettbewerb haben und einen gerechten Wettbewerb herstellen können oder zumindest in die Richtung gehen können, wo sozusagen globaler Wettbewerb nicht auf Kosten der Beschäftigten, auf Kosten der Löhne ausgetragen wird, sondern beispielsweise tatsächlich durch komparative Vorteile, durch Produktivitätsvorteile oder durch Spezialisierung stattfinden kann. Das heißt, da brauchen wir noch viele weitere Schritte. Wir brauchen außerdem, müssen wir außerdem wegkommen, und das ist quasi das Gegenteil von dem, was die FDP ja vorschlägt, von der reinen Liberalisierungsagenda. Beispielsweise im Dienstleistungsbereich. Es gibt wichtige Dienstleistungsbereiche, die zu Recht nicht liberalisiert sind. Und die müssen künftig viel stärker ausgenommen werden.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Die nächste Frage geht an die CDU/CSU, Herr Rouenhoff bitte.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Meine Frage geht an Rupert Schlegelmilch. Wir sehen ja international, dass es zunehmend Handelsabkommen zwischen anderen Wirtschaftsregionen und Wirtschaftsböcken gibt, beispielsweise RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) oder CPTPP. Sollte die Europäische Union darauf reagieren und wenn ja, wie? Und ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang: Wir haben ja gerade vom DGB gehört, dass es keine reine Liberalisierungsagenda geben soll. Sind denn andere Staaten überhaupt bereit, unseren Standards, die wir in anderen Weltregionen uns wünschen, zu folgen, denn eine Verhandlung ist ja nie ein Wunschkonzert. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Herr Schlegelmilch bitte.

SV **Rupert Schlegelmilch** (EU-KOM): Ja, schönen Dank auch für die Frage und für die Einladung. Ganz konkret zu der Frage, wie wir uns in Asien aufstellen. Und Hintergrund ist natürlich, dass



das Wachstum weltweit zum großen Teil in diesem Teil der Welt stattfinden wird in den nächsten Jahren. Das hat die Kommission, die ja für die Handelspolitik auf europäische Ebene federführend ist, schon seit langem versucht. Und wir haben das ja auch teilweise umgesetzt, mit diesen Partnern zu verhandeln. Wir haben ein Freihandelsabkommen mit Vietnam, wir haben das China-Abkommen, das sehr umstritten und ein Investitionsabkommen ist, abgeschlossen. Aber natürlich noch nicht ratifiziert. Wir sind mit Indien im Gespräch. Das hat dieser Tage ja auch schon in der Presse Widerhall gefunden. Wir versuchen also, was wir können, auch mit den anderen ASEAN-Staaten. Mit Singapur haben wir auch ein Freihandelsabkommen. Es geht darum, diese Märkte durchaus auch für uns zu erschließen. Natürlich unter den Bedingungen, die dort herrschen, das heißt, wenn Sie ein Land wie Indonesien sehen, wo wir seit langem verhandeln, die haben eine sehr protektionistische Tradition, sage ich mal. Das ist gar nicht so einfach, Zugeständnisse auszuhandeln. Aber wir haben das natürlich im Blick, wir sind also sehr stark darauf bedacht, sowohl das China-Abkommen, das uns wesentlich bessere Zugangsbedingungen zum chinesischen Markt gibt, anders, als die Amerikaner das gemacht haben, aber trotzdem, meiner Ansicht nach genauso wirksam, dort weiter Fuß zu fassen. Ob das mit den Dingen vereinbar ist, die natürlich auch uns sehr am Herzen liegen, das heißt, die Handelspolitik auch nachhaltig zu gestalten. Ich möchte da kurz auf die Mitteilung der Kommission vom Februar verweisen, die ja die ganze Handelspolitik auf den Prüfstand gestellt und auch ganz klar sagt, die Handelspolitik ermöglicht uns auch natürlich, die eigentlichen Ziele der EU, das heißt Wohlstand, Sicherheit und Wachstum, grünes Wachstum umzusetzen. Da muss die Handelspolitik ihren Beitrag leisten. Das versuchen wir auch. Mercosur wurde auch schon genannt. Mercosur ist ein klassisches Beispiel, was zeigt, dass man da einiges machen kann, was man nämlich umsetzen kann, dass die Klimaziele und das Pariser Abkommen effektiv umgesetzt werden. In einem Handelsabkommen ist das festgeschrieben. Die Gretchenfrage, die oft gestellt wird: Können wir das mit Sanktionen umsetzen? Da sind wir eher skeptisch in der Kommission, weil wir es mit souveränen Staaten zu tun haben

**Der Vorsitzende:** Sie müssten bitte auch zum Schluss kommen, Herr Schlegelmilch.

**SV Rupert Schlegelmilch (EU-KOM):** Ja, das heißt, da sind wir auch dabei. Die Kommission erarbeitet einen neuen Aktionsplan für die Nachhaltigkeitsziele, da liegt die Frage auf den Tisch.

**Der Vorsitzende:** Ich meine das wirklich ernst, Herr Schlegelmilch, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Danke. Als nächstes spricht Herr Willsch von der CDU/CSU bitte.

**Abg. Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU):** Ja, danke. Meine Frage geht an Herrn Professor Felbermayr, von dem ich mir für die Union auch zukünftig, auch vom Süden aus der Alpenrepublik Rat erhoffe und erbitte. Sie schreiben, dass Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung enger miteinander verschränkt werden sollten. Wie stellen Sie sich so etwas vor? Und wo sehen Sie die wesentlichen Defizite hier und heute?

**Der Vorsitzende:** Herr Professor Felbermayr bitte. Nicht aus der Alpenrepublik, sondern von Kiel.

**SV Prof. Gabriel Felbermayr (IfW Kiel):** Ja genau - noch. Vielen Dank. Also ich glaube, dass das zusammen geht mit dem Wunsch, deutsches und europäisches Interesse besser zum Ausdruck zu bringen und unsere strategischen Interessen in der Welt mit den Instrumenten, die wir haben, nicht nur der Außenwirtschaftsförderung oder auch der Entwicklungszusammenarbeit, der Wirtschaftsdiplomatie insgesamt mit mehr Nachdruck zu verfolgen. Da gehören natürlich auch Themen dazu wie die ökologische Transformation unserer Volkswirtschaft und der globalen Wirtschaft, damit das ein Erfolg sein kann. Wenn Sie mich fragen, wie die Entwicklungszusammenarbeit und die Exportförderung zusammengehen können, dann sind zum Beispiel die Exportkreditversicherungen des Bundes ein Thema, an das man denken kann. Dort geht es ja bisher nicht um entwicklungspolitische Ziele. Häufig können ja deutsche Unternehmen, indem sie zum Beispiel Maschinen liefern oder Produktionsanlagen in ärmere Länder, einen Beitrag leisten zur dortigen Entwicklung. Technologietransfer passiert häufig durch Maschinen, durch Güter, durch den Handel selber und



durch Investitionen. Aber in den Exportkreditversicherungen ist dieses entwicklungspolitische Ziel nicht verankert. Da geht es immer noch sehr stark darum, welche Wertschöpfungsanteile aus Deutschland kommen. Wenn die groß genug sind, kann gefördert werden. Wenn das nicht passiert, wird nicht gefördert. Und das wäre ein Beispiel, wie man das machen kann. Was ich nicht verlangen würde, ist, dass man Entwicklungszusammenarbeit immer darauf prüft und abhängig macht davon, ob dann auch für Deutschland wirtschaftliche Vorteile daraus entstehen. Ich glaube, in der Welt, in der wir heute sind mit geostrategischen Rivalitäten, auch mit politischen Risiken, muss man einfach die Außenwirtschaftspolitik breiter aufstellen. Das können nicht mehr nur die klassischen Instrumente sein, sondern da gehören eben andere dazu, aus der Entwicklungszusammenarbeit auch. Und man muss einen holistischen Ansatz fahren. Und da gehört auch übrigens nicht nur Exporte dazu, Herr Flassbeck, sondern natürlich auch Importe. Und ein weiteres Element, das man überlegen kann, ist, ob die deutsche Exportkreditversicherung nicht auch Risiken versichern kann, die sich durch Importbeziehungen ergeben. Denn dort stellen sich ja auch Finanzierungsfragen, häufig aus Ländern, die keine eigene Exportkreditversicherung haben. Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Die nächste Frage stellt die SPD, der Kollege Westphal bitte.

**Abg. Bernd Westphal (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Professor Dr. Truger. Die Freihandelsabkommen, Zuständigkeiten auf europäischer Ebene sind nach unserer Auffassung schon auch ein politisches Gestaltungsinstrument. Von daher die Frage, wie können neben technologischem Fortschritt und Standards und Zollabbau auch genau diese sozialen Standards gesichert werden? Wie beurteilen Sie das? Und als nächstes würde ich fragen, was die Sicherung von Lieferketten angeht. Wir erleben gerade, dass Teile der Automobilindustrie, die Bänder ruhen, weil die Versorgung, zum Beispiel mit Speicherchips nicht funktioniert. Und als letztes, welche Exportförderinstrumente müssen weiterentwickelt werden? Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Herr Professor Truger bitte.

**SV Prof. Dr. Achim Truger** (Mitglied des Sachverständigenrates): Vielen Dank. Das sind jetzt viele Fragen. Könnten Sie die erste Frage noch einmal wiederholen?

**Abg. Bernd Westphal (SPD):** Die erste Frage war, inwieweit Sie Freihandelsabkommen auch als politisches Gestaltungsinstrument sehen, um soziale und Umweltstandards zu etablieren.

**SV Prof. Dr. Achim Truger** (Mitglied des Sachverständigenrates): Das ist ja ein grundsätzliches Problem, wenn man eine naive Freihandelslehre vertritt, im Grunde fast alles als Handelshemmnis auffasst, als nicht-tarifäres Handelshemmnis, wobei es natürlich schon so ist, dass eigentlich die EU oder einzelne Staaten, beziehungsweise die EU als Staatenverbund das Recht nutzen sollten, ihre eigenen Standards, Umweltstandards, Sozialstandards abzusichern und selbstbewusst zu vertreten. Und mein Eindruck ist, dass das Verständnis dafür zunimmt. Und ich finde es auch richtig, wenn man auf der einen Seite den Binnenmarkt als wichtiges Instrument sieht, dass man dann auch den Zugang zum Binnenmarkt strategisch nutzt, um sicherzustellen, dass die, die gerne vom Nutzen des Binnenmarktes profitieren, indem sie zu uns exportieren möchten, dass die dann auch bestimmte Standards einhalten müssen. Und wenn in bestimmten Freihandelsabkommen, die verhandelt werden oder unterschriftsreif, aber noch nicht unterschrieben sind, wenn da das Problem besteht, dass genau solche Standards nicht eingehalten werden oder dagegen verstoßen werden soll, dann kann ich sehr gut verstehen, wenn die dann eben nicht unterzeichnet werden und man sich dagegen wendet. Das selbstbewusste Vertreten der eigenen sozialen und ökologischen Standards halte ich für sehr wichtig. Und diese soll man einsetzen. Das gilt insbesondere natürlich auch für die Industriepolitik, wenn sie beispielsweise dann auf grünen Wasserstoff setzen will, für die Zukunft auch eine ganz wichtige Sache, auch in Sachen Grenzausgleichsregime. Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Die nächste Frage stellt Herr Müller von der AfD.

**Abg. Hansjörg Müller (AfD):** Ich hätte zu Beginn, wenn ich das darf, eine Anmerkung als kleiner



Diplom-Volkswirt hier an die großen Volkswirtschaftsprofessoren. Ich habe mir alle Gutachten angeschaut und mir ist aufgefallen, dass man in allen Gutachten praktisch nur den Status quo bespricht. Es fehlt der Blick nach vorne. Wir befinden uns in einer kompletten Transformation des Weltwirtschaftssystems. Ich meine, Trump hat das angestoßen, das hat hier keinem gefallen, das weiß ich schon. Aber jetzt auch mit Corona, wir sind jetzt in einem Paradigmenwechsel drin, sodass vieles nicht mehr stimmen kann, was in den volkswirtschaftlichen Büchern steht. Also, das ist mir einfach nur aufgefallen. Der einzige, der hier auf diesen Punkt eingeht, der in meinen Augen völlig zentral ist, wenn wir dieses Thema überhaupt sinnvoll besprechen wollen, das ist Herr Professor Otte. Und deswegen möchte ich Ihnen eine Frage stellen: Sie haben diesen Paradigmenwechsel gut beschrieben und haben auch noch einen sehr interessanten Einzelpunkt drin, wenn Sie sagen, ein sehr effektives Produktivitätshemmnis für die deutsche Wirtschaft wird gerne totgeschwiegen, die Praxis der Rechtsetzung. Was meinen Sie denn damit?

**Der Vorsitzende:** Herr Professor Otte bitte.

**SV Prof. Dr. Max Otte** (Investor und Philanthrop): Also zu dem Paradigmenwechsel ist es zumindest implizit im Gutachten von Kollegen Felbermayr enthalten, indem er sagt, wir haben global diese strategische Handelspolitik, die sich ausweitet. Ich habe es auch in einigen anderen Gutachten gesehen, dass die Kollegen das ernst nehmen, dass sich die Weltwirtschaft ändert und dass unbedingter Freihandel ohne strategischen Blick nicht mehr funktioniert. Was in einigen Gutachten nicht drin steht, die europäische Ebene ist extrem wichtig. Wir müssen sehen, dass die USA und Europa oftmals sehr gegenläufige Interessen vertreten, auch unter einem neuen Präsidenten Joe Biden, wenn es um Nord Stream 2 und viele andere Fragen geht. Europa muss sehr viel selbstbewusster gegenüber den USA werden. Das sage ich auch als amerikanischer Staatsbürger. Und zur Rechtsetzung, da gab es eben bei Herrn Bertram eine Einlassung zur Schwierigkeit des Zulassungsprozesses für ausländische Direktinvestitionen. Da habe ich einen kleinen Widerspruch gesehen, gleichzeitig will in dem Antrag die FDP-Bundestagsfraktion die Bundesregierung verpflichten, genauere

Kriterien für ihre eigenen Investitionen zu entwerfen. Da ist dann wieder dieses alte Paradigma Staat = schlecht, und Privat = gut, das in dieser einfachen Form nicht gilt, drin. Wir Deutschen setzen Recht, wie die DSGVO, asymmetrisch, exakt und penibel um. Und das ist ein riesiger Wettbewerbsnachteil, der sich dann in der geltenden Rechtsetzungspraxis auswirkt. Man müsste sich auch anschauen, wie die Umsetzungspraktiken in verschiedenen Ländern sind. Da können wir ein Stück voraus gehen, aber nicht endlos weit.

**Der Vorsitzende:** Danke. Die nächste Frage geht an die CDU/CSU, Herr Dr. Lenz bitte.

**Abg. Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Meine Frage geht an den Professor Felbermayr. Es ist ja immer stärker so, dass Europa auch in der Handelspolitik letztlich Politikziele verfolgt, wie die „grüne Transformation“, wenn man es so bezeichnen will. Wie beurteilen Sie denn das Urteil vom Bundesverfassungsgericht von letzter Woche, auch im Kontext einer Carbon Border Tax? Und, wenn Sie noch Zeit haben, wie stark wirken sich denn die Konjunkturprogramme, gerade auf die aktuellen Konjunkturprogramme der USA auf die Nachfrage aus Deutschland und damit eben auch auf die Exporttätigkeit aus Deutschland aus?

**Der Vorsitzende:** Herr Professor Felbermayr bitte.

**SV Prof. Gabriel Felbermayr** (IfW Kiel): Ich beginne mal mit der ersten Frage, lieber Herr Lenz. Ja, sie wirken sich natürlich aus. Das Konjunkturprogramm der USA jetzt auch; die deutschen Exporte, sie leben. Vieles aber hängt von der Entwicklung des Euro-/Dollar-Wechselkurses ab. Und man muss damit rechnen, dass der Euro im Verhältnis zum Dollar aufwerten wird, als Folge der expansiven Maßnahmen in den USA. Und das reduziert halt diesen Stimulus ein bisschen. Grenzgleichgewicht: Also Sie haben Recht, es gibt auch aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil heraus einen höheren Bedarf, noch schneller auf die CO<sub>2</sub>-Preise zu gehen. Und höhere CO<sub>2</sub>-Preise in der Europäischen Union oder in Deutschland bedeuten natürlich auch, dass die „Leakage“-Gefahr steigt, dass es also zu einer Verlagerung von industrieller Wertschöpfung ins Ausland kommt. Und deswegen wird man sich etwas überlegen



müssen. Die Alternativen, die wir aber auf dem Tisch liegen haben, sind allesamt schlecht. Ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich, vor allem, wenn er unilateral verfolgt wird, birgt hohe Gefahren. Einerseits die Gefahr der Retorsion aus dem Ausland, andererseits aber auch hohe Ungenauigkeiten, die Lenkungswirkung ist schwierig. Deswegen habe ich gemeinsam mit Kollegen des Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums vorgeschlagen, dass Europa sich stark machen soll für einen Klimacub. Dass wir also die Gunst der Stunde nutzen, auch mit einer neu-klimabewussten US-Administration gemeinsam voranzugehen, andere Partner mit einzubinden, allen voran auch das Vereinigte Königreich, was ja nicht mehr formell im europäischen Emissionshandel ist, und gemeinsam CO<sub>2</sub>-Mindestpreise zu vereinbaren und dann aber innerhalb eines solchen Klimacubs keinen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich durchführen, keine Belastung des grenzüberschreitenden Handels haben. Für Drittstaaten hätte das den Vorteil, dass die einen Anreiz hätten, einem solchen Klimacub beizutreten, weil sie dann dem Grenzausgleich entgehen könnten und Einnahmen aus einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung selbst behalten, die sonst in das europäische Budget fließen würden. Insgesamt ist es so, dass natürlich das große, prioritäre Thema der ökologischen Transformation auch in der Handelspolitik Ausdruck finden muss. Und es ist naiv zu glauben, man kann hier im Sinus denken. Verbindungen sind klar da. Man muss vorsichtig mit Verschränkungen umgehen, aber sie sind natürlich politisch absolut wichtig.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Houben für die FDP bitte.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Ich möchte nochmal Herrn Bertram fragen, es ist angesprochen worden: Das jetzt angehaltene Verfahren China-EU-Investitionen. Aus Ihrer beruflichen Erfahrung, bei manchen Debatten hier habe ich ja auch so das Gefühl, das ist eine Anti-China-Debatte. Welche Drittstaaten investieren denn tatsächlich in Deutschland und wie sind die prozentualen Anteile, also wer ist Nummer eins, zwei, drei, vier?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Bertram bitte.

SV **Christoph Bertram** (fgh): Das ist schwierig zu

beantworten. Wenn wir uns das angucken, dann sind die USA immer noch weit vorne, bei allen anderen ist es schwieriger zu bewerten, weil die Verflechtung der internationalen Finanzströme und der Unternehmen das auch schwierig macht. Wir hatten vor kurzem gerade einen Fall, der ist auch relativ groß durch die Presse gegangen, eines indonesischen Erwerbers. Wenn Sie sich aber die Kapitalstruktur des indonesischen Erwerbers anschauen, dann sehen Sie, dass dort fast die ganze Welt mit dabei ist. Interessant, beim Center for International Relations Studies (CEFIR): In den USA gibt es eine „Whitelist“, eine Positivliste an Ländern, die ein vereinfachtes Verfahren durchlaufen. Darauf wurde jetzt nicht zurückgegriffen, also auch in Großbritannien, wo gerade das Gesetz herausgekommen ist, wurde auch nicht darauf zurückgegriffen. Man müsste tatsächlich noch einmal hingehen, Herr Schlegelmilch und die EU würden den schwierigen Begriff „Fitness-Check“ sehen. Ich würde es mir tatsächlich noch einmal anschauen: Wen wollen wir denn eigentlich haben, welche Finanzströme wollen wir da haben, welche Länder wollen wir da haben, wo gibt es tatsächlich auch Sektoren, in denen wir vorrangig Investitionen betreiben wollen? Und dann kann man auch versuchen, allerdings kann man das nicht auf Länderebene machen, eine sogenannte „Blacklist“ aufzustellen. Das wurde versucht, also in den Prüfverfahren läuft das tatsächlich so, dass eben auch geschaut wird, ist da eine staatliche Investition, ist da ein staatlicher Akteur darin vorhanden? Das ist teilweise handwerklich extrem schwierig zu machen, um zu sehen, ob irgendein chinesisches Investitionsvehikel tatsächlich staatskapitalistisch organisiert ist oder nicht. Da werden heute - und das ist jetzt vom Timing dieser Anhörung her ein bisschen schwierig - die Anti-Subsidy/Public-Subsidy-Vorschläge der Kommission vorgelegt. Das wäre vermutlich noch so ein rechtssystematischer Hinweis, dass man da noch einmal schauen muss, gibt es eigentlich ein „european interest“, das innerhalb von Europa und der EU sehr eng vorhanden ist. Welche Investoren möchten wir haben als Europa, mit wem möchten wir tatsächlich auch Nähe haben, können wir uns dort als Europa in Richtung einer „Whitelist“ bewegen? Und dass man da eine grundsätzliche Angleichung macht. Im Moment ist es so, das Foreign Direct Investment (FDI) in Frankreich hat andere Schwellenwerte als die



AWVO (Außenwirtschaftsverordnung) in Deutschland. Das heißt, die Franzosen können „national interest“ bei Investitionen nach Deutschland angreifen, wir im Gegensatz nicht. Also das wäre so ein Teil der tatsächlichen Zielbestimmungen, den wir nochmal angehen sollten.

Der **Vorsitzende**: Danke. Die nächste Frage geht an DIE LINKE., Kollege Ulrich bitte.

Abg. **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.): Mehrere Sachverständige haben heute schon dargelegt, dass wir eigentlich weniger Probleme in der Exportwirtschaft haben, sondern eher bei der Binnenwirtschaft. Und meine Frage geht auch noch einmal an Herrn Flassbeck. Die FDP fordert ja in ihrem Antrag, die Investitionsbedingungen zu verbessern und meint damit auch Steuersenkungen oder auch Deckelungen der Sozialabgaben oder auch Privatisierungen. Welche Effekte hätten denn solche Maßnahmen für die Binnennachfrage? Und was bedeutet denn solches auch für die Arbeitnehmerschaft in Deutschland?

Der **Vorsitzende**: Danke. Professor Flassbeck bitte.

SV **Prof. Dr. Heiner Flassbeck** (ehemaliger Chefvolkswirt der UNCTAD): Vielen Dank. Ich habe ja schon darauf hingewiesen, wir haben das Phänomen seit 15 bis 20 Jahren, dass die deutschen Unternehmen zu Nettosparern geworden sind. Und mit einem Unternehmenssektor, der Nettosparer ist, kann man einfach viele Probleme auf dieser Welt nicht lösen. Die ganze Marktwirtschaft, wie sie alle unsere Kollegen lehren an ihren Universitäten und sonst wo, beruht darauf, dass die Unternehmen Schuldner und Investoren sind. Aber man hat in Deutschland ja Anfang der 2000-er Jahre die Steuerlast für die Unternehmen halbiert. Die Löhne sind massiv gedrückt worden, Lohnnebenkosten sind gedrückt worden. All das hat dazu geführt, dass im Ergebnis, aus welchen Gründen auch immer, das will ich gar nicht diskutieren jetzt, da haben wir keine Zeit für, die deutschen Unternehmen Sparer sind. Und das bedeutet per definitionem sozusagen, dass sie nicht genug investieren und dass immer jemand in diese Lücke springen muss. Und in diese Lücke springt im Moment in Deutschland immer nur das Ausland. Aber dieses Phänomen der sparenden Unterneh-

men haben wir überall auf der Welt. Und deswegen ist die deutsche Lösung, ich muss wieder darauf zurückkommen, eine vollkommen absurde Lösung: Zu glauben, ein Land der Welt, eines der größten Länder der Welt, kann auf Dauer die Schuldenfrage nach außen verlagern und alle anderen müssen sie intern lösen, obwohl die Unternehmen überall Sparer sind. Das ist ein grandioses Missverständnis. Und man wird es in allen Freihandelsverhandlungen der Zukunft ganz genau sehen, Freihandelspolitik alter Art wird einfach nicht mehr funktionieren. Die Amerikaner haben schon in den asiatischen Verträgen darauf beharrt, dass makroökonomische Klauseln eingebaut werden, die darauf hinauslaufen, dass die Partner keine hohen Überschüsse haben. Dass es keine absoluten Vor- und Nachteile gibt und damit auch keine hohen Defizite auf ihrer Seite. Und das wird die Zukunft sein, machen wir uns nichts vor. Sie glauben, Sie können Freihandelsabkommen treffen wie in der Vergangenheit, wo man ein bisschen hier fummelt, ein bisschen da fummelt, ein bisschen nicht-tarifäre Handelshemmnisse beseitigt. Das wird es alles nicht geben, sondern es wird überall glasklar drinstehen: Überschüsse müssen weg! Und das ist vollkommen berechtigt, das ist vor der Freihandelstheorie, die all meine Kollegen hier vertreten. Ansonsten ist das vollkommen berechtigt, es gibt keine Möglichkeiten für dauerhafte Überschüsse, noch zumal in der Größenordnung Deutschlands von sechs, sieben Prozent. Die sind ja auch sogar in Europa verboten, und Deutschland verstößt permanent gegen die europäischen Regeln. Es gibt keinerlei Rechtfertigung dafür. Und es ist ein Wunder, dass bisher nur Trump einmal aufgestanden ist, aber ich vermute Herr Biden wird das in Zukunft sehr viel besser machen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Die nächste Frage geht an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das ist die Frau Dröge bitte.

Abge. **Katharina Dröge** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte noch einmal Achim Truger fragen, und ich hätte jetzt doch noch eine Frage zum Antrag der FDP. Die FDP schlägt ja auf der einen Seite vor, die Schuldenbremse in jedem Falle einzuhalten und sogar einen „Schuldenbremsen-Turbo“ einzuführen mit Blick auf die Coronaschulden. Und gleichzeitig plant die FDP





umfassende Steuersenkungen. Deswegen meine Frage an Sie: Wie kann das funktionieren, ist das durchgerechnet und welche Folgen hätte das wirtschaftlich, wenn man das so durchzieht, wie die FDP das vorschlägt?

Der **Vorsitzende**: Herr Professor Truger bitte.

SV **Prof. Dr. Achim Truger** (Mitglied des Sachverständigenrates): Also ich kann jetzt natürlich nicht die Frage beantworten, ob das durchgerechnet ist. Meine Meinung ist, dass das auf keinen Fall aufgeht. Wenn wir uns nur einmal den Bundeshaushalt anschauen, und wir haben auch noch Länder- und Kommunalhaushalte, die vor Problemen stehen, aber wenn wir uns die Eckwerte des Finanzplans anschauen, dann ist es so, dass obwohl dort die 48 Milliarden aus der ehemaligen Flüchtlingsrücklage voll verplant sind und 2024 bis 2025 da schon Handlungsbedarfe darin stehen, 2025 fehlen noch 15 Milliarden. Und da sind jetzt noch nicht die Belastungen für das Gesundheitswesen und für die Beitragssätze im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung drin. Da ist auch noch kein besonderer Aufwuchs zusätzlich an Investitionen drin. Das heißt, da ist eine große Lücke. Und vor dem Hintergrund frage ich mich tatsächlich, wie man an der Schuldenbremse festhalten möchte, sogar die Tilgung, die dort vorgesehen ist, noch verschärfen möchte. Und dann gleichzeitig aber auch kurzfristig Steuersenkungsvorschläge einzubauen, die in der Dimension von irgendwas zwischen 20 und 40 Milliarden Euro liegen würden. Das passt aus meiner Sicht auf keinen Fall zusammen. Und man torpediert tatsächlich damit die Haushaltsplanung. Und würde man das einfach umsetzen oder versuchen umzusetzen, würde man die Haushalte, wenn jetzt nicht ein Riesenaufschwung irgendwo herkommt, den im Moment noch keiner vorhersieht, würde man die öffentlichen Haushalte wirklich vor die Wand fahren und dann eben wirklich in harte Kürzungsprogramme oder Notsteuererhöhungsprogramme laufen. Die öffentlichen Investitionen, die man braucht, sind da noch gar nicht drin, in der Besorgnis jetzt. Also ich halte das finanzpolitisch für unverantwortlich, da solche Steuersenkungsvorschläge zu machen und gleichzeitig noch Verschärfungen bei der Schuldenbremse zu fordern. Ich erinnere mich daran, die FDP hat tatsächlich

sogar gefordert, dass die Rücklagen, die jetzt verplant sind, die 48 Milliarden, dass die eingesetzt werden, um die Kreditaufnahme im Rahmen der Nachtragshaushalte zu mindern. Also dann wären wir schon komplett im Defizit jetzt, das würde gar nicht funktionieren.

Der **Vorsitzende**: Danke. Die nächste Frage geht an die CDU/CSU, Herr Bleser bitte.

Abg. **Peter Bleser** (CDU/CSU): Ja, ich hätte eine Frage an Herrn Dr. Treier von der DIHK. Dr. Treier, ich will mal jetzt die groben globalen Themen ein bisschen ausblenden und meinen Blick auf die KMU richten. Ich habe es oft erlebt, dass kleine mittelständische Unternehmen im Ausland Probleme haben, die kulturellen, rechtlichen und sonstigen Voraussetzungen zu erkunden. Und um darauf einzugehen, haben die Außenhandelskammern genügend Unterstützung durch die Botschaften? Und was glauben Sie, welche Handelsabkommen, die derzeit in Verhandlung stehen, würden der deutschen Wirtschaft, insbesondere dem Mittelstand, helfen?

Der **Vorsitzende**: Danke. Das war die Frage an Dr. Treier. Und ich bitte alle anderen, die Mikrofone auszuschalten. Herr Dr. Treier bitte.

SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Ja, die KMU sind ganz, ganz wichtig im internationalen Handel. Es ist genauso wie im Inland. Die Mehrheit der Unternehmen, auch die international aktiv sind, sind aus dem Bereich der mittelständischen Wirtschaft. Und hier gilt es vor allem darum, Hürden abzusenken und an den verschiedenen Stellen die Zugänge zu erleichtern. Und das war schon angesprochen, Herr Felbermayr, beim Thema Exportfinanzierung, hier sehen wir, dass gerade die kleineren Losgrößen, also Aufträge von KMU, wenn wir jetzt die Unternehmen hierzulande betrachten, die mit Exporten auf internationale Märkte gehen, Probleme haben, eine Exportkreditabsicherung zu bekommen. Hier müssen wir nacharbeiten. Die Zusammenarbeit vor Ort, muss ich sagen, das läuft sehr gut. Wir haben ein Netzwerk von 140 Standorten in 92 Ländern. Das bildet spiegelbildlich ab, wir sind von keinem Markt extrem abhängig, sondern auf allen Märkten vertreten. Und auch gerade der deutsche Mittelstand ist gut positioniert für Qualität, für Liefertreue, wenn investiv



vor Ort getätigt wird, durch Berufsbildungsaktivitäten. Das heißt, es ist eine Vielzahl von einzelnen Instrumenten notwendig, die wir nutzen, ohne groß mit Subventionen herumzulaufen, wie andere Wettbewerber. Das ist ein Vorteil. Und das sollte sich unseres Erachtens widerspiegeln in der Welthandelspolitik, bei der WTO. Wir haben eine Mittelstandsagenda auf den Weg gebracht, dass die Ursprungsregeln, gerade für KMU, leichter handhabbar werden. Hier gibt es einen Ursprungsrechner von der EU-Kommission, es gibt viele Instrumente, kleinere Instrumente, aber die sind sehr wichtig. Sie zu betrachten, das können wir jetzt an der Stelle nicht, weil die Zeit vorbei ist.

**Der Vorsitzende:** Dank, Herr Treier. Die nächste Frage geht an Herrn Töns bitte.

Abg. **Markus Töns** (SPD): Meine Frage geht an Professor Truger. Wir erleben jetzt zunehmend Diskussionen um die Frage von Freihandelsabkommen, Handelspolitik et cetera. Und die Frage, wo liegt die Kompetenz? Wir alle hier wissen, die sich damit ein bisschen beschäftigen, dass die Kompetenz bei der EU liegt, was Handelsabkommen betrifft, dass sie nicht beim Bundestag liegt und dass wir trotz alledem immer wieder auch vor Ort hier Diskussionen dazu haben. Inwiefern schätzen Sie diese Risiken ein, die Verhandlungsposition der EU-Kommission zu schwächen, wenn wir wieder über unilaterale Verträge reden. Ich halte das grundsätzlich für schwierig, aber vielleicht können Sie dazu eine Einschätzung geben. Auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir seit Jahren eine geschwächte WTO haben. Ob uns das gelingt mit der Biden-Administration, die zu stärken, hier wäre vielleicht auch noch einmal eine Einschätzung Ihrer Seite wichtig.

**Der Vorsitzende:** Herr Professor Truger bitte.

SV **Prof. Dr. Achim Truger** (Mitglied des Sachverständigenrates): Ich muss sagen, ich konnte im Antrag die Vorschläge zur Handelspolitik, also insbesondere Handelsministerium und mit Aufwertung einzelner Positionen, so Staatssekretäre mit gehobener Bezeichnung und auch die Besetzung von Stellen aus dem Wirtschaftsministerium dann in den Ausbildungsververtretungen nicht nachvollziehen. Das habe ich, ehrlich gesagt, nicht

richtig verstanden, kann das nicht gut einschätzen, was genau das bringen soll. Also ich habe das in meiner Stellungnahme eher als kosmetisch behandelt, eben vor dem Hintergrund, dass wir das natürlich in den wesentlichen Handelsfragen mit der EU-Ebene abstimmen müssen, beziehungsweise die Kompetenz auf EU-Ebene liegt. Insofern habe ich das nicht besonders ernst genommen. Ich habe jetzt in der Stellungnahme, glaube ich, von Herrn Felbermayr gelesen, dass da durchaus eine gewisse Sympathie für solche Maßnahmen ist. Aber wenn Sie so formulieren, Gefahr von Unilateralismus, dann ist das natürlich wirklich eine Gefahr. Und vielleicht ist es ein bisschen so, dass man in so einen Konflikt gerät, entweder ist es mehr oder weniger kosmetisch, dann frage ich mich tatsächlich, warum man, wenn man sich jetzt hier für Wachstum und Beschäftigung ausspricht und für die großen Fragen, warum man dann solche kosmetischen Sachen diskutiert. Oder aber, es ist nicht kosmetisch und birgt dann möglicherweise die Gefahren von Unilateralismus und der Umgehung der EU, mit neuen Konflikten. Das wäre jetzt auch nicht meine Priorität, da groß darüber zu diskutieren, andere Dinge sind viel wichtiger.

**Der Vorsitzende:** Danke. Kollege Lämmel bitte, von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Andreas Lämmel** (CDU/CSU): Ich hätte eine Frage an Herrn Dr. Treier. Der Export der deutschen Unternehmen funktioniert ja deswegen so gut, weil China und die USA große Nachfrager sind. Aber es gibt ja auch andere Märkte auf der Welt. Und wenn man sich mal zum Beispiel das Thema Afrika anschaut, stellt sich ja die Frage bei den Aufwendungen für Außenwirtschaftsförderung auf der einen Seite und bei den Aufwendungen für Entwicklungszusammenarbeit auf der anderen Seite, dass es da eine ganz klare Unwucht gibt, aus meiner Sicht. Ich frage Sie: Können Sie sich vorstellen, dass die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung noch besser verzahnt werden könnten, um sozusagen auch in schwierigen Märkten den Markteintritt deutscher Firmen zu unterstützen?

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Dr. Treier bitte.



SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Die Antwort ist: Absolut ja! Ich will dazu auch nochmal nachreichen, wir haben über die deutschen Auslandshandelskammern gestern über zwei Geschäftsführer der AHK unseren World Business Outlook veröffentlicht. Und darin sind die konkreten Hemmnisse, denen die deutschen Unternehmen, insbesondere KMU, im Moment weltweit begegnen, aufgelistet: Rechtsicherheit, Finanzierungsprobleme, Handelshemmnisse. Und je schwieriger ein Land, je weniger entwickelt es ist, umso stärker sind die Handelshemmnisse. Und das auch als Antwort auf die vorherige Frage, das erlaubt es gerade den KMU noch weniger, weil für die sind es einmal diese Kosten, die können diese nicht über die Skalierung ihrer Produkte ausgleichen, wenn solche Kosten auftreten. Dementsprechend ist die Zusammenarbeit zwischen Botschaften und Auslandshandelskammern, wir sind nicht in jedem Land in Afrika, aber da wo wir sind, besonders wichtig. Und Herr Lämmel, Sie sprechen das an, wir haben unsere Instrumente ausgerichtet nach ordnungspolitischen Kriterien, wenn ich nur die Exportfinanzierung nehme oder Investitionsgarantien. Wenn ein Land ein schlechtes Rating erhält, wird es dann, insbesondere für ein KMU noch schwieriger, in dieses Land zu gehen. Und wir diskutieren natürlich auch zurecht das Sorgfaltpflichtengesetz an anderer Stelle. Aber dann erlaubt es den KMU noch weniger, noch weitere Pflichten, Verantwortungen, die außerhalb des eigenen Betriebes stehen, in die eigene Verantwortung zu nehmen. Und umso weniger werden KMU zum Beispiel in Ländern Afrikas investieren. Und wir sehen hier, dass das Thema Rechtsicherheit bei den Ergebnissen, die ich hier auf dem Tisch habe, bei den Unternehmen, die in Afrika tätig sind, ein viel größeres Thema als zum Beispiel in europäischen Ländern ist. Also, eine Verzahnung der Entwicklungszusammenarbeit und der Außenwirtschaftsförderung tut Not.

Der **Vorsitzende**: Danke. Die nächste Frage geht an Herrn Müller von der AfD.

Abg. **Hansjörg Müller** (AfD): Ich habe eine Frage an Herrn Bertram. Und zwar ist es schön, dass wir auch aus der Unternehmenspraxis jemanden hier haben, mit Ihren M&A-Geschichten. Also Ihre Analyse teile ich weitgehend, die Sie in schriftlicher Form vorgelegt haben. Ich habe nur eine

Frage bei Ihrer Schlussfolgerung, wo Sie schreiben, also dass das alles überbürokratisiert ist und Investoren abschreckt. Da bin ich mit Ihnen völlig einer Meinung, wir brauchen da eine andere Lösung. Dann schlagen Sie vor einen schnellen verlässlichen und auch letztlich europäischen Prozess, das ist dann meine erste Frage. Es investiert ja niemand in Europa, es investiert jemand in Belgien, in Frankreich, in Deutschland oder in Österreich. Müsste dann die Entbürokratisierung des Prozesses nicht im konkreten Investitionsland vorhanden sein? Das ist meine erste Frage, warum hier Europa steht, weil es wird in einem konkreten Land investiert. Und die zweite Frage ist, ich möchte nochmal auf meine Grundsatzfrage zurückkommen, die ich gerade im Vorwort auch in meiner Frage an Professor Otte genannt hatte, dass wir einen Paradigmenwechsel in der Weltwirtschaft haben, den ja auch gerade Herr Professor Flassbeck angesprochen hat, mit dem „es wird nie mehr so sein, wie es mal war“. Das sind meine beiden Fragen an Sie.

Der **Vorsitzende**: Herr Bertram bitte.

SV **Christoph Bertram** (fgh): Zu der ersten Frage, ich hatte da eben schon ein bisschen darauf rekurriert: Im Moment haben wir ein Durcheinander an europäischen und nationalen Regeln, also ich habe andere Schwellen in der FDI-Screening-Richtlinie als in der Außenwirtschaftsverordnung, ich habe dazu, wie gesagt heute wird es vorgestellt werden, ich will nicht vorgreifen zu den „Anti-Subsidy/Public-Subsidy“-Sachen. Die Frage ist, wenn wir uns immer weiter in Europa vernetzen und immer mehr abhängig sind von Lieferketten, von Zulieferern, dann ist die Frage, kann ich es, wenn ein deutsches kleines Unternehmen erworben wird, das vor allen Dingen Auswirkungen hat auf ein größeres Werk oder ein größeres Unternehmen in Österreich. Dann ist es im Moment so, das wird in Deutschland geprüft, nun haben wir sehr niedrige Schwellen, das heißt andere Länder können da nationale Sicherheitsinteressen geltend machen. Andersherum ist es tatsächlich nicht so sehr. Aber es gibt eben kaum noch Investitionen, die einfach nur national funktionieren. Und zum Zweiten, was sicherlich zu sehen ist in dem Wandel, ich bin keiner der großen Volkswirte, die das global betrachten können. Von der Investitionspraxis her, würde ich sagen, dass wir gar keinen



so großen Umschub haben. Was wir natürlich haben, ist der Zuwachs der staatskapitalistischen Systeme, das wurde ja schon mehrmals gesagt, und an den Industriestrategien. Damit muss man umgehen, aber damit geht man auch am besten um, wenn man glasklar sagt, was man haben möchte und was man nicht haben möchte. Und nicht, wie ich schon sagte, so ein Korridor der Unsicherheit macht, wo auch sehr viele normale Investoren sich drin verhaken und die großen Staatsinvestoren normalerweise doch durchkommen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Die nächste Frage geht an die SPD, Kollege Westphal bitte.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Meine Frage geht an Florian Moritz vom DGB. Zahlreiche Arbeitsplätze in Deutschland sind ja vom Export abhängig. Das zeigt auf der einen Seite die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit, auch dass Produkte von deutschen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen hergestellt werden. Aber die Frage ist auch, welches zukünftige Exportpotential sieht der DGB noch von zusätzlichen Branchen? Und eine weitere Frage, das Lieferkettengesetz wird zurzeit im Deutschen Bundestag diskutiert, das hat sicherlich auch Auswirkungen auf Handelsströme und Export und Import. Wie beurteilt der DGB, welche Auswirkungen auf Beschäftigte in Schwellenländern, aber auch in Deutschland, das haben wird?

Der **Vorsitzende**: Herr Moritz bitte.

SV **Florian Moritz** (DGB): Ich fang vielleicht kurz hinten an. Das Lieferkettengesetz ist für uns eine sehr wichtige Maßnahme. Wir denken, dass es enorm wichtig ist, dass auch deutsche Unternehmen darauf achten, dass Menschenrechte, Arbeitsbedingungen und gute Standards bei den Zulieferern und im Ausland eingehalten werden. Im Einzelfall zu dem, was da jetzt vorliegt, die dürften Ihnen wahrscheinlich auch bekannt sein, wir sind ja da mit zahlreichen NGOs zusammen in einem Bündnis und kämpfen dafür, dass da noch nachgebessert wird.

Der **Vorsitzende**: Herr Moritz, wir hätten einen besseren Ton, wenn Sie das Bild ausschalten,

glaube ich, dann haben wir weniger Datenübertragung.

SV **Florian Moritz** (DGB): Was die erste Frage angeht, ist es richtig, dass insbesondere die deutsche Industrie sehr erfolgreich ist im Export. Und das ist auch natürlich erfolgreich. Aber wie ich schon vorhin angedeutet habe, müssen wir dafür sorgen, dass diese Zukunftsfähigkeit der Industrie gesichert bleibt. Und das muss insbesondere geschehen dadurch, dass wir beispielsweise viel mehr investieren, auch öffentlich investieren in eine gute Infrastruktur, in Digitalisierung, in die Begleitung der Transformationsprozesse, die derzeit in der Industrie stattfinden. Und so kann, denke ich auch, die Zukunftsfähigkeit gesichert werden, angesichts von den Maßnahmen, die wir zum Klimaschutz betreiben müssen und auch angesichts der Digitalisierungsprozesse, die dort stattfinden. Ich glaube, darauf kommt es an. Und das sind die Schwerpunkte, die sozusagen erfolgreich sind. Ich weiß nicht, ob man jetzt im Dienstleistungssektor stark auf Exporte setzen muss. Herr Flassbeck und auch Herr Truger haben ja schon aufgezeigt, dass es auch sehr wichtig ist, die Binnennachfrage zu stärken und dass es eigentlich da auch eine Schwäche gibt. Und wir würden eher dafür plädieren, dass wir uns hier zum deutschen Exporterfolg eine zweite Säule schaffen, die auch die Binnennachfrage stärkt und auch diese Sektoren stärker und erfolgreicher macht.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Die nächste Frage geht an Herrn Rouenhoff, CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Meine Frage geht an Volker Treier. Wir sehen ja auf europäischer Ebene, dass die Kommission eine neue Handelsstrategie verabschiedet hat. Die Handelsstrategie umfasst viele Politikbereiche, weit über die reine Handelspolitik, den Abbau von Zöllen und nicht tarifären Handelshemmnissen, hinaus. Wie beurteilt der DIHK, die deutsche Wirtschaft hier diese Handelsstrategie? Und was erhoffen Sie sich von den Ratschlussfolgerungen, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union demnächst verabschieden werden?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Dr. Treier bitte.



SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Das ist eine ganz zentrale Frage für die deutsche...

Der **Vorsitzende**: Herr Treier, jetzt können wir Sie nicht mehr hören. Probieren Sie es auch mal ohne Bild... Die Verbindung ist abgebrochen. Ich würde sagen, wir nehmen Sie dann zum Schluss nochmal dran, einverstanden? Gut dann geht jetzt die nächste Frage an die FDP, Herr Houben bitte.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Ich möchte Herrn Professor Felbermayr fragen: Es ist ja viel über Binnennachfrage gesprochen worden. Sehen Sie auch eine Möglichkeit, durch Steuerentlastungen im privaten, aber auch im wirtschaftlichen Raum, eine Binnennachfrage auszulösen? Und kann es nicht sein, dass eben genau nicht über staatliche Ausgaben, sondern über die Initiierung privater Investitionen, eine Binnennachfrage gestartet wird?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Professor Felbermayr bitte.

SV **Prof. Gabriel Felbermayr** (IfW Kiel): Es ist natürlich so, dass die Möglichkeiten für groß angelegte Steuersenkungen in Deutschland zurzeit eher knapp sind. Dass die Spielräume nicht groß sind, ist klar. Andererseits aber gibt es Bedarfe, nicht ins Hintertreffen zu gelangen mit anderen Industriestandorten. Und das bedeutet, dass man Freiräume schaffen muss. Es ist nicht so, dass der Staat ein Einnahmen-Problem hat, sondern es geht um die Priorisierung der Ausgaben. Und man kann, das haben Investitionsberichte immer wieder gesagt, Mittel frei machen, um auch mehr öffentliches Geld für Investitionen zu haben. Man kann auch Freiräume freischaufeln, um bessere Anreize zu bieten für private Investitionen in Deutschland. Ich glaube auch, dass das Augenmerk viel stärker, als das bisher der Fall ist, auf private Investitionen gelenkt werden muss. Dort haben wir das Problem, wie die Vorredner vielfach darauf hingewiesen haben, dass in Deutschland zu wenig investiert wird, dann ist das vor allem eine Schwäche bei den privaten Investitionen und nicht so sehr bei den öffentlichen, auch dort, aber die privaten Investitionen machen das Gros des Investitionsgeschehens in Deutschland aus. Und das muss auch so bleiben. Ich meine, dass wir jetzt in der Krise gesehen haben, dass wir

kein Problem haben mit Massenkaufkraft. Es gibt sicherlich unschöne Verteilungswirkungen in der Krise, aber wir haben eine sehr hohe Sparquote, es ist genügend Geld auf den Konten. Es braucht jetzt in dieser Situation keine massive Anschiebung der Massennachfrage. Eher geht es darum, punktuell zu entlasten. Dort ist auch für den Standort Deutschland ganz zentral, dass vor allem die Energiepreise gedeckelt bleiben. Also, ich bin sehr dafür, dass man die EEG-Umlage sehr viel stärker aus dem öffentlichen Haushalt heraus finanziert. Das entlastet die Wirtschaft und trägt auch noch einen Teil zur ökologischen Transformation bei. Es ist sicherlich nicht, ich glaube, da sind wir uns hier alle einig, jetzt an der Zeit, über Steuererhöhungen nachzudenken. Manche politische Wettbewerber tun das, ich glaube eine Vermögensteuer oder auch eine Anhebung der Spitzensteuersätze würde jetzt, in dieser Phase der Konjunktur in Deutschland, keine gute Idee sein.

Der **Vorsitzende**: Danke. Die nächste Frage geht an Herrn Loos von der CDU/CSU.

Abg. **Bernhard Loos** (CDU/CSU): Ich hätte auch eine Frage an den Herrn Felbermayr. Und zwar haben wir ja die aktuelle Frühjahrsprojektion, das Bundeswirtschaftsministerium geht von einem Exportplus von 9,2 im laufenden Jahr und 4,5 Prozent in 2022 aus. Die Exportindustrie ist ja damit der Garant des Aufschwungs. Wie bewerten Sie dies im internationalen Vergleich, fällt da Deutschland zurück? Und könnten Sie etwas sagen, wie die augenblickliche Lage der deutschen Wirtschaft im Vergleich zu den anderen Volkswirtschaften der EU ist?

Der **Vorsitzende**: Herr Professor Felbermayr.

SV **Prof. Gabriel Felbermayr** (IfW Kiel): Also, was das Wachstum der Exporte angeht oder auch des internationalen Geschäfts insgesamt, also Importe, will ich da gleich mit ins Bild nehmen, sieht es so aus, dass Deutschland eher unter den Ländern liegt, die größere Zuwachsraten haben, also sowohl bei Importen, als auch bei den Exporten, was mit dem offenen Wirtschaftssystem zu tun hat. Also immer dann, also in allen deutschen Exporten stecken ja auch im großen Ausmaß Importe. Im Vergleich mit anderen Ländern ist es na-



türlich immer noch so, dass der Anteil der ausländischen Wertschöpfung im inländischen Wirtschaftsgeschehen eine größere Rolle spielt, wenn Sie die G20-Länder vergleichen, mit ähnlicher Größe wie Deutschland. Dann ist Deutschland immer noch außergewöhnlich. Und das ist ein Qualitätsmerkmal des deutschen Standorts. Ich sehe das nicht als Nachteil. Im Übrigen muss man, wenn man über deutsche Handels- oder Leistungsbilanzüberschüsse spricht, Rechnung tragen, dass wir in einem Binnenmarkt sind, in einer Zollunion, einer Währungsunion in der Europäischen Union. Und da sind insbesondere die europäischen Überschüsse, die es ja mittlerweile auch gibt, zu sehen und nicht die deutschen. Das ist eine logische Konsequenz aus dem europäischen Integrationsprozess. Die internationale Konjunkturlage ist sicherlich so, dass Deutschland, auch die Europäische Union, aus dieser Corona-Krise schlechter hervorgeht als die großen Länder wie China oder die USA. Da gehen jetzt mittelfristig, wenn man so will, Anteile am globalen Bild verloren. Aber der Aufschwung, den wir sehen, den ja auch die Bundesregierung in ihren Frühjahrsgutachten übernommen hat, der wird auch in Deutschland etwas von diesem verlorenem Terrain wieder zurückbringen. Die wirtschaftliche Dynamik, glaube ich, ist eher mittelfristig in Gefahr, denn das Potenzialwachstum in Deutschland liegt deutlich zurück und liegt dann auch mittel- und langfristig unter dem Potenzialwachstum anderer großer Volkswirtschaften in der OECD. Das ist das, was mir eigentlich Sorgen macht für die mittlere und längere Zukunft.

Der **Vorsitzende**: Danke. Die nächste Frage geht an die SPD, Kollege Töns.

Abg. **Markus Töns** (SPD): Ich würde ganz gerne nochmal den europäischen Blickwinkel in die Fragestellung einbringen. Und deshalb geht meine Frage auch an Herrn Schlegelmilch. Wir reden hier immer von der Binnennachfrage, ist die Frage nicht eigentlich die, ob eine deutsche Binnennachfrage gestärkt wird, sondern eine europäische und wie wir den europäischen Ausgleich der verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklungen der Regionen hinbekommen? Und die zweite Frage in dem Zusammenhang: Können Sie da vielleicht auch noch ein bisschen zu der weitergehenden europäischen Strategie für den Exporthandel der

Europäischen Union sagen, und zwar nicht allein auf Deutschland bezogen?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Schlegelmilch bitte.

SV **Rupert Schlegelmilch** (EU-KOM): Ich glaube, die Frage lässt sich in beiden Richtungen beantworten. Die Exportstrategie, die wir verfolgen, die ruht natürlich auf einem starken Binnenmarkt. Es wurde eben schon gesagt, dass, wenn Deutschland exportiert, da sind da 20, 30, 50 Prozent europäischer Input drin. Und das kommt ja nicht alles aus Deutschland in den Lieferketten, was letztendlich in der deutschen Bilanz auftaucht. Das heißt, wir sind auch in der GD Handel immer darauf bedacht, dass wir natürlich einen funktionierenden Binnenmarkt haben müssen, um auch dann als Europäer, von welchem Hafen oder von welchem Land letztendlich das Endprodukt kommt, Exportpolitik machen zu können. Und darum versuchen wir, das wurde schon ein paar Mal erwähnt, insbesondere die KMU zu befähigen, nicht nur zu exportieren, sondern auch in den europäischen Binnenmarkt Verstärkungen, das macht die Generaldirektion Wachstum, immer mehr Anteil zu bekommen an den Lieferketten. Unsere Auslands politik beruht natürlich darauf, dass wir insbesondere die Märkte offen halten. Wir dürfen nicht vergessen, der Trend geht in die falsche Richtung seit Jahren schon. Und das ist nicht nur in Ländern mit großen Volkswirtschaften, wie China, der Fall, das geht auch in vielen anderen Ländern. Südafrika ist zum Beispiel auf meinem Tisch seit Tagen, Kolumbien, also viele von den kleineren Partnern, die aber auch beitragen zum europäischem Wohlstand. Die großen Zeiten der Liberalisierung sind in der Tat vorbei, und wir begleiten die ganze Politik deshalb. Es gibt ja auch immer mehr Überlegungen, wie können wir die Märkte in der WTO, die ja auch schon als schwach bezeichnet worden ist, und auch über unsere Freihandelsabkommen als offen absichern. Und da haben wir ganz viel zu tun, das fängt bei den USA an, wo das neue Programm, was schon erwähnt worden ist, eben auch sehr starke „Buy America“-Elemente hat. Und das endet eben bei China und Indien, ihrer Politik über Made in China, China 2025, wie immer das heißt. Also unsere Politik beruht darauf, die Regeln der WTO und die Freihandelsabkommen so weit wie mög-



lich zu stärken, um Planungssicherheit, Investitionssicherheit zu haben und wo es geht, Handelshemmnisse abzubauen. Aber wir sind da zu großen Teilen, muss man ganz offen sagen, in der Defensive im Moment.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Die nächste Frage geht an DIE LINKE., Kollege Ulrich bitte.

Abg. **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.): Eine kleine Bemerkung nur an Herrn Felbermayr: Herr Felbermayr, der Blick nach Amerika zeigt ja zumindest mal auch dort, dass die neue Administration auch über Steuererhöhungen für wohlhabende, vermögende Unternehmen nachdenkt. Also so ganz falsch sind diese Ansätze vielleicht auch in Europa oder in Deutschland nicht. Meine Frage geht aber nochmal an Herrn Flassbeck: Was sind denn Ihrer Meinung nach die Kernpunkte einer wirklich zukunftsfähigen europäischen Wirtschaftspolitik und welche Hemmnisse hätte denn da eine schnelle Rückkehr der Schuldenbremse oder die Fiskaldisziplin?

**Der Vorsitzende:** Die Frage ging an den Kollegen Flassbeck, Herr Kollege Flassbeck bitte.

**SV Prof. Dr. Heiner Flassbeck** (ehemaliger Chefvolkswirt der UNCTAD): Das ist in der Tat die zentrale Frage, die sich nach dieser Anhörung stellt. Ich habe jetzt das letzte Wort sozusagen. Und ich wollte in der Tat auf die grandiose europäische Divergenz eingehen, die auch der europäische Kollege nicht erwähnte, erstaunlicherweise. Die grandiose Divergenz, die darin liegt, dass Deutschland eben in einer ganz anderen Situation ist als die übrigen Länder, insbesondere die großen Italien und Frankreich. Und das bedeutet, eben weil die traditionellen Anregungsmechanismen nicht funktionieren, der traditionelle Anregungsmechanismus, die Geldpolitik, Zinsen, weil das nicht funktioniert, weil die Unternehmen nicht so reagieren, wie sie die letzten 50 Jahre nach dem 2. Weltkrieg reagiert haben, deswegen ist die deutsche Politik der Exportförderung, die deutsche Politik der Exportüberschüsse, Herr Felbermayr, Überschüsse, so unglaublich belastend für die anderen Länder und deswegen haben wir diese Riesen-Aktion gemacht mit den 750 Milliarden, weil die Verzweiflung, weil die Wut in den anderen Ländern unglaublich groß war. Und das

muss man sich immer vor Augen führen. Jetzt so zu tun, als hätte man das irgendwie voraus planend gemacht, das stimmt einfach nicht. Es gab im vergangenen Jahr massive Verzweiflung in diesen Ländern; und das 750 Milliarden-Programm war eine Panikreaktion auf diese Verzweiflung. Und diese Verzweiflung ist begründet, ich habe es vorhin schon erklärt. Ich will es nicht nochmal tun, ist begründet in der deutschen Exportüberschussstrategie, die durch nichts gerechtfertigt ist. Wir haben einen Binnenmarkt, aber Deutschland hat diesen Binnenmarkt ausgenutzt durch Lohndumping Anfang der 2000-er Jahre, auch wenn die Gewerkschaften nicht mehr darüber reden wollen, aber es war Lohndumping. Und das hat dazu geführt, dass Deutschland diese Überschüsse hat. Und diese Überschüsse sind durch nichts zu rechtfertigen, und sie müssen umgedreht werden durch eine Verstärkung der Binnennachfrage in Deutschland, damit die anderen Länder eine Entlastung erfahren. Und wenn wir das nicht tun, ist Europa immer noch in höchstem Maße gefährdet, genauso stark wie im vergangene Sommer.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Die Kollegin Dröge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte.

Abge. **Katharina Dröge** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe zwei Fragen an Herrn Schlegelmilch. Herr Schlegelmilch, Herr Kommissar Dombrovskis hat gestern zum EU-China Abkommen gesagt, dass angesichts der Sanktionen gegen EU-Parlamentarier eine politische Fortsetzung der Ratifizierung nicht geboten sei. Wir haben das ja begrüßt, dass er sich hier anders positioniert hat als Kanzlerin Merkel. Jetzt gibt es ein bisschen Unklarheit darüber, was er eigentlich gemeint hat. Deswegen können Sie das vielleicht nochmal klarstellen, ob, solange China die Sanktionen gegen EU-Parlamentarier aufrechterhält, es keine politische Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses gibt. Und wenn Sie noch eine Minute Zeit haben, können Sie mir nochmal sagen, wie Sie die Zusatzerklärungen zu Mercosur so rechtlich ausgestalten wollen, dass sie den gleichen Charakter haben wie der Vertragstext.

**Der Vorsitzende:** Herr Schlegelmilch bitte.

**SV Rupert Schlegelmilch** (EU-KOM): Zunächst einmal zu dem China-Abkommen: Sie wissen alle,



dass wir das einerseits immer verteidigt haben, auch gegenüber den USA, als einen wichtigen Beitrag, nicht den einzigen Beitrag, aber einen wichtigen Beitrag, um die Bedingungen für unsere Investoren, in China insbesondere, zu verbessern. Das ist natürlich in der Tat jetzt durch die Sanktionen und andere Unstimmigkeiten mit unseren chinesischen Partnern oder Rivalen, je nachdem wie Sie es ausdrücken wollen, ins Hintertreffen geraten. Was momentan sowieso noch stattfinden muss ist das, was wir als „Legal Scrubbing“ und die Übersetzung und all diese Dinge erleben. Das endet normalerweise Monate später mit einem Kommissionsvorschlag, was jetzt eben klar ist, dass wir diesen Kommissionsvorschlag unter den jetzigen Bedingungen wahrscheinlich nicht machen würden. Aber da wird noch einiges hoffentlich passieren. Wir hoffen ja auch, dass sich die Lage wieder bessert. Aber es gibt natürlich Dinge, wo wir einfach ganz klar sagen, die roten Linien sind überschritten. Und das ist natürlich mit der Sanktionierung von Europaparlamentariern und ähnlichen Dingen ganz klar passiert. Und das wollte der Kommissar, glaube ich, da zum Ausdruck bringen. Das Mercosur-Abkommen als zweiten Punkt: Wir sind uns ja alle einig, auch mit den Mercosur-Staaten, dass wir ein Zusatzabkommen oder einen Zusatz, einen „Side Letter“, wie das in deren Sprache heißt im jetzigen Stand der Verhandlungen, dass wir da nachbessern müssen, insbesondere deutlicher werden müssen, was die eigentlich sehr guten Verpflichtungen, nämlich effiziente Implementierung der Pariser Klimaabkommen und der Biodiversitätskonvention, was das eigentlich „on the ground“, was das im Land selber in dem Fall bedeuten kann. Das muss rechtlich bindend sein, sonst wird es nicht den Test bestehen, den wir erwarten, den Parlamentarier in ganz Europa auch erwarten. Das ist ganz klar, das wissen die Mercosur-Staaten auch. Was dann genau darin steht, ist natürlich noch Gegenstand der Diskussion. Wir haben auch ganz klar gesagt, wir können das Abkommen nicht wieder aufmachen. Das würde unsere Glaubwürdigkeit als Verhandler schwer belasten, das wird aber auch zu Forderungen der anderen Seite führen, wenn wir das aufmachen, die wir eben wahrscheinlich auch nicht erfüllen könnten. Insbesondere was Zugang zu unseren Agrarmärkten anbelangt, was ja auch ein sehr sensibles Thema ist. Aber es muss eine recht-

lich verbindende, um zum Ende zu kommen, Zusatzvereinbarung sein.

**Der Vorsitzende:** Dankeschön. Jetzt bleibt noch übrig die Frage von Herrn Rouenhoff an Herrn Treier. Herr Treier, ich hoffe Sie können sich an die Frage noch erinnern. Herr Treier bitte.

**SV Dr. Volker Treier (DIHK):** Kann ich, danke. Ich hoffe, mich hört man jetzt, ich habe ein anderes Gerät angeschaltet. Danke für die Frage. Also erstmal ist es ganz wichtig, dass die EU die Kompetenz hat in der Handelspolitik. Die neue Handelsstrategie legt zu Recht einen großen Wert auf die Reform und Weiterentwicklung der WTO, denn WTO-Regeln sind, gerade aus der Perspektive der mittelständischen, international aktiven Unternehmen, weil sie für alle gelten, planbar und bieten eine hohe Rechtssicherheit. Jetzt könnte man einsteigen in das Thema Reform der WTO. Und da gibt es viel zu sagen. Und da kann die EU-Handelsstrategie letztlich nicht alles schon voraus planen und jeden Schritt, deshalb erspare ich mir das, da sind absolut richtige Aspekte enthalten. Herr Rupert Schlegelmilch hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Marktzugang im Moment nicht so ist, dass er sich mittelstandskonform weltweit verbessert. Das Gegenteil ist der Fall, das zeigen uns Umfragen, Handelshemmnisse nehmen deutlich zu. Und dementsprechend und zwar seit Jahren, eigentlich kann man sagen seit Ende der Finanzmarktkrise 2008/2009, und das spüren unsere Unternehmen. Die Corona-Krise verschärft dieses Thema noch. Vor diesem Hintergrund ist es dann schon etwas enttäuschend, dass das Thema Wettbewerbsfähigkeit und Marktzugang in der Handelsstrategie etwas hinten runterfällt und dass der Abbau von Handelshemmnissen als dezidiert explizites Ziel keine zentrale Rolle einnimmt. Und dass auch richtige Maßnahmen auf der EU-Ebene, wie der Ursprungsrechner, also um präferenzielle Ursprungsnachweise für die Unternehmen zu bekommen, um für Freihandelsabkommen der EU die dann tatsächlich auch zu nutzen. Das sind richtige, ganz konkrete praktische Beispiele, wo die Politik eigentlich weiter ist, als es sich in der Strategie widerspiegelt. Aber das gesagt, glaube ich, sollte die EU in ihrer Strategie auch noch einen stärkeren Wert auf diese Zugangshürden und auch die KMU-Agenda auf der WTO-





Ebene legen, neben den Themen, der WTO-Streitbeilegungsmechanismus, Umwelt- oder Gesundheitsabkommen oder Digitalisierung, alles ganz wichtige Themen. Wo aber auch mehr Fleisch an den Knochen gebracht werden muss, ist bei der konkreten Frage konkreter Abkommen. Man hat mit Mercosur ein Abkommen ausverhandelt, man hat sogar Nachhaltigkeitskapitel, was ganz wichtig ist und eigentlich müsste man jetzt stärker noch mit Nachdruck solche Abkommen angehen, weil der Protektionismus aktuell weltweit zunimmt.

Der **Vorsitzende**: Ich möchte mich bei allen Sachverständigen recht herzlich bedanken. Wir haben erlebt, dass die Frage der Ausweitung der Exporte keine unumstrittene Geschichte ist. Und dass wir insbesondere auch darauf achten sollten, eine ausgeglichene Handelsbilanz, eine ausgeglichene Leistungsbilanz zu erreichen. Sonst könnte unser

Land Probleme bekommen. Diese Frage war im Bundestag schon oft umstritten, heute hier auch. Ihre Beiträge haben einige Aspekte dieser Frage erhellt. Ich danke insbesondere der Fraktion der FDP, die diese Debatte in Form einer Anhörung angestoßen hat. Ich hoffe zum Schluss, dass wir bei den nächsten Anhörungen wieder alle gemeinsam in einem Raum sitzen können, ohne sich gegenseitig zu gefährden.

Schluss der Sitzung: 13:10 Uhr  
Eck/Ku/Jae